

Sonnabend, den 11. Februar 1922

Einzelnummer 50 Pf.

33. Jahrgang — Nr. 36

# Volkswacht

für Schlesien

Einzelgenpreis: 10 Pf. ausserhalb 15 Pf. Anzeigen unter 500 1,50 Pf., ausserhalb 4,00 Pf. Familienanzeigen 0,50 Pf. Gießanzeige, Stellungsangebote, Vereine, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0,50 Pf. kleine Anzeigen pro Wort 0,00 Pf., das letzte Wort 1,00 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Börsstrasse 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Bernsprach - Anschriften: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142. Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die "Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Hauptexpedition: Börsstrasse 4/6, durch die Buchhandlung der "Volkswacht", Neue Grauerstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Börsstrasse 4/6, sowie durch die Vertragsreger zu bezahlen. Monatlich 2,50 Pf., monatlich 10,00 Pf., 20,00 Pf. und 30,00 Pf. Stereozahlung 32,50 Pf. 2 2 2 2 2 2

## Weis über Streifrecht und Notwehrrecht.

### Misstrauensanträge von rechts und links.

Heute wird im Reichstage die Abstimmung über die verschiedenen vorliegenden Misstrauensanträge gegenüber der Regierung vorgenommen. Die Situation ist fraglos wieder einmal kritisch. Das Berliner Tageblatt führt über die Abstimmungsmöglichkeiten aus, die den Ernst der Situation kennzeichnen:

Misstrauensanträge liegen bisher von Kommunisten und den Nachbündigen vor. Auch die Deutschnationalen plänen einen Misstrauensantrag ohne Einschränkung einzubringen. Diesem Antrage der Deutschnationalen wollen nun nur die Deutsche Volkspartei entschließen. Wie liegen nun die Mehrheitsverhältnisse? Die drei gegenwärtigen Regierungsparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie zählen 229 Mandate, bei einem Gemeinschaftsstandes des Hauses von 469. Die drei Parteien der Mitte hätten also noch keine absolute Mehrheit. Tritt dagegen die Banische Volkspartei, die sich in den letzten Wochen zu ihren gehalten hat, dazu, so würde eine rechte Mehrheit von 240 Abgeordneten herauskommen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei machen zusammen allerdings nur 186 aus. Indes wissen man nicht, wie sich bei all dem die beiden Fraktionen der Linken verhalten werden, wenn wir auch nicht annehmen können, daß die unabhängige Sozialdemokratie die Gelegenheit brauchen wird, um gemeinsam mit den Rechten den Verlust eines Kabinettsturms wirklich zu machen. Kompliziert wird bei diesem unsicheren Mehrheitsverhältnis die Situation noch dadurch, daß infolge der Verfahrschwierigkeiten wahrscheinlich Abgeordnete abwählen sind.

(Vergleiche den Reichstagsbericht.)

### Volkspartei und Steuerkompromiß.

Die Steuerberatungen der Regierungsparteien mit den Demokraten und der Volkspartei haben kein abschließendes Ergebnis gebracht. Die Verhandlungen waren vertraulich. Trotzdem berichten die Blätter. Die "Zeitung", das parteidigitale Organ der Deutschen Volkspartei teilt u.a. folgendes mit:

"Es bleibt dabei, daß die Arbeit in den Steuerausschüssen unter höchlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei weitergeht, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich für die Zusatzabstimmung im Plenum freiz handelt und ihre Entscheidung von den Sicherheiten abhängt, die für eine sachgemäße Bewandlung der Steuerbeträge geboten werden. Die Koalitionsfrage steht mit diesen Erörterungen über das Steuerkompromiß nicht mehr im Zusammenhang, da sie nach der ganzen Sitzung des Herrn Dr. Wirth und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fürs erste wohl als erledigt gelten kann".

Diese parteidigitale Meldung zeigt, daß alle Angaben der volksparteilichen Presse in Bezug auf den Rücktritt von Steuerkompromiß hinfällig geworden sind, und daß man sich wie so oft inzwischen die Dinge anders überlegt hat. Die Feststellungen in der "Zeitung" über die Koalitionsfrage entsprechen nach unseren Informationen nicht der Wahrheit und uns hören, daß die Volkspartei in dieser Frage absichtlich mit der Unwahrheit häusieren geht. Sowas wir unterrichtet sind, hat die Deutsche Volkspartei neuerdings wieder große Schnüre nach Ministerien und traut sich mit der Absicht, das Problem der großen Koalition in Lause der nächsten Woche aufzurollen. Angeklagt seien müssen wir doch sagen, warum dieser Schwund der "Zeitung"?

### Die Entscheidung über das Fortbestehen des Reichsschatzministeriums.

Im Reichstagsausdruck für den Reichshaushalt wurde am Freitag die Ausprache über die Tätigkeit des Reichsschatzministeriums fortgesetzt. Untere Genossen hoch und Städtelein traten entschieden dafür ein, daß in diesem Ministerium, wie in den anderen auch, alle überflüssigen Ausgaben beseitigt werden, daß damit aber nicht bei den unteren Beamten und Inspektoren, sondern bei den oberen Stellen begonnen wird. Sie legten eine Reihe von Streichungen an. Mit der Verschiebung der Stellen aus einem Ministerium in ein anderes sei nichts erreicht. Wenn nicht damit Vereinfachungen und sonstige Verbesserungen verbunden sind. Aus diesen Gründen lehnte ich die Genossen es ab, zu einem festen Schluß zu bestimmenden Tage die Leitungsführung der Geschäftsfäste des Reichsschatzministeriums auf ein anderes Ministerium nachzuführen. Wenn das Ministerium zugeht, die hierfür in Betracht kommenden Fragen ernsthaft zu prüfen, und die darüber verlangte Denkschrift möglichst bald vorzulegen. Minister Genosse Bauer berief sich darauf, daß bereits in allen Ministerien die Zahl der Beamten und Angestellten beträchtlich herabgesetzt worden ist. Die Regierung werde auf diesem Wege entscheiden weitergehen und auch die Denkschrift mit großer Belehrung ausarbeiten. Die Regierung bestanden darauf, daß schon jetzt die Auflösung des Ministeriums festgelegt werde. Das wurde aber abgelehnt. Darauf wurde die Regierung aufgefordert, dem Reichstage im Verlauf dieses Geschäftsjahres eine Denkschrift über die Vereinigung der Reichsverwaltung, insbesondere über die Zuweisung der Aufgaben des Reichsschatzministeriums in andere Ministerien, vorzulegen.

### Sepp Dörter fliegt.

Wie die "Freiheit" mitteilt, hat sie die Zentralleitung der USPD entschlossen, gegen Dörter sofort das Amt abzulehnen. Er ist durch seine Prinzipien neuwertiger seiner Kompromittiert und ein Hindernis für das Zusammenschließen mit der SPD geworden. (D. Red.)

### Die Wiedergutmachungs-Diskussion in der Entente.

(Drahbericht unseres Berliner Büros.)

Die Beratungen der Antwortnote auf die deutsche Denkschrift an die Wiedergutmachungskommission dauern nach dem Pariser "Tempo" im Augenblick noch fort. Es wird bereits als sicher angesehen, daß die Verbündeten Regierungen den Wiedergutmachungsausschuß mit der Entscheidung über die deutlichen Zahlungen für 1923 betrauen werden und den Verbündeten Regierungen nur die Verteilung der von Deutschland gezahlten Summe vorbehalten bleibt. Belgien scheint auch jetzt noch keine Prioritätsrechte auf die deutschen Zahlungen gestellt zu machen und wünscht deshalb, daß im Wiedergutmachungsausschuß die Verteilungsfrage auf Grund der Beschlüsse von Cannes gekreist wird.

Einer Beratung der Konferenz von Genua wird nach offiziellen Londoner Mitteilungen die englische Regierung nur dann zustimmen, wenn Italien im Hinblick auf die Bildung des neuen Kabinetts einen dahingehenden Wunsch äußern sollte. Nach einer Pariser Meldung aus Rom soll in dortigen Regierungskreisen die Verlagerung der Konferenz von Genua für unvermeidlich gehalten werden.

**Die Gewerkschaftsinternationale und Genua.**

Vor dem Internationalen Kongress in Rom. — Die Ruhlandhilfe.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten am 3. und 4. Februar in Amsterdam abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß bezüglich der Konferenz von Genua gefasst:

In Anetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterschaft die Willkür hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua gehör zu verabschieden, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Orte und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden. An dieser Konferenz werden teilnehmen: das Exekutivomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes — d. h. außer dem Büro je ein Delegierter für jede der 10 Gruppen, aus denen die der Gewerkschaftsinternationale angehörigen Zentralen zusammengelegt sind, je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes und jener die Sitzläufe der wichtigsten internationalen Fachverbände.

Diesgleichen wurde in der gleichen Sitzung des Gewerkschaftsbüros die Tagesordnung des Allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im April in Rom stattfinden wird, wie folgt festgestellt:

1. Achtstundentag und wirtschaftliche Aktivität.
2. Europas ökonomischer Wiederaufbau.
3. Europas Antimilitarismus und Arbeiterschaft.

Ferner befahlte sich das Büro mit den bereits erzielten Ergebnissen der Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das hängende russische Volk. Schon jetzt ist Hilfe für 3000 Kinder durch die Sonderdelegation des Bundes gesichert. Die Gewerkschaftsinternationale wird auf diesem Wege fortfahren und richtet einen neuen und dringenden Appell an die in ihrem Verbände organisierten Proletariernassen.

### Große Aktientäufe des Auslandes.

Am Freitag trat am Devisenmarkt ein erneuter Umschwung ein. Die Kursteile stieben wieder nach oben. Amtlich notierten Kurs New York 197%, London 861 Holland 7340. Am Effektenmarkt ist wieder eine allgemeine Aufwärtsbewegung der Kurse in den Gang gekommen. Man beobachtet vor allem umfangreiche Aufsätze für ausländische Rechnung. In verschiedenen Börsen werden von Berliner Bankfirmen ganze Aktienbündel für das Ausland zusammengeschafft.

### Der neue Papst und Deutschland.

Wie die Agentur Volta aus dem Vatikan erzählt, hat Papst Pius XI. es lebhaft bedauert, daß ein Teil der französischen Kreise seine Wahl als eine Aenderung der politischen Orientierung des hl. Stuhles in eine franzosenfreundliche und deutschfeindliche glaubt betrachten zu können.

Der Papst berief den Kardinal Bertram zu sich und bat diesen in einer herzlichen Unterredung, Deutschland zu verlassen, daß er alle Sympathien für die deutschen Katholiken habe und daß er alle Völker ohne Unterschied und ohne jeden Vorzug legne.

### Die Seefahrtkommission über die deutsche Währung in Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 10. Februar. (Drahbericht.) In der Finanzkommission des Sejms berichtete Finanzminister Michałski über den finanziellen Teil des bevorstehenden deutsch-polnischen Abkommen. Die Artikel des Vertragsentwurfs, in denen die Beibehaltung der deutschen Mark als Zahlungsmittel auf die Dauer von 15 Jahren behandelt wird, und besonders die Bestimmung, wonach die im polnischen Teil Oberschlesiens benötigten Zahlungsmittel von den Zweigstellen dreier deutscher Kreditanstalten geleistet werden sollen, würden eines Maßes Kritik untergehen. Die gefasste Resolution betont, daß der künftig polnische Teil Oberschlesiens in der Verfolgung mit deutlichen Zahlungsmitteln keinesfalls schlechter gestellt werden darf, als der deutschsprechende Teil.

### Die Reichstagsausprache über den Beamtenstreik.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

#### Reichsverkehrsminister Gröner:

Ich habe auch früher bereits niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sich die Beamten meiner Verwaltung, wenn sie unterschlagen die Arbeit niedergelegen, ein schweres Zweifel darüber gelassen, daß sich die Beamten meiner Verwaltung, wenn sie unterschlagen die Arbeit niedergelegen, ein schweres Dienstvergehen zu zuordnen kommen lassen. (Zurufe: Und die Reichsverfassung?) Südländerweise sind Behauptungen von Beamten auf ihrem Posten gekommen und haben bei der Durchführung des Postbetriebes Hemmung geübt. Diesem Opfer ist die Technische Nothilfe dankenswerter Weise nicht zum Opfer gefallen. (Beifall.) Ich danke auch den Arbeitern, die in rüstiger gewerkschaftlicher und staatspolitischer Erkenntnis von vornherein abgelehnt haben, den Streik mitzumachen. (Beifall.) Besonders Dank gebührt den Eisenbahnen in Süddeutschland. Die aber, die Opfer an Leben und Gesundheit getragen haben, sind gefordert und haben gestützt bei der Bewährung des höchsten Bürgerstandes, im leidlichen Dienste für Ihre Mitmenschen. (Beifall.) Von Südländern und den Verlehrten werden wir zu Hilfe kommen, wo immer es nötig erscheint. Beigleich des Ultimatums der Reichsgewerkschaft zum Referentenentwurf eines

#### Arbeitszeitgesetzes

hat der Reichskanzler schon das nötige gesagt. Ich betone nochmals: Es handelt sich durchaus nicht um ein sachlich ungerechtfertigtes Zusammenspiel gegen die Eisenbahnbeamten. Jeder Arbeiter muß täglich acht Stunden arbeiten. Dasselbe gilt nach dem Reichsstaatsarbeitsvertrag auch für alle Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung. Im Eisenbahnbetrieb gibt es aber neben der wirklichen Arbeitszeit auch Bereitschaftsdienst und für das Lokomotiv- und Zugpersonal Zeiträume, in denen es auf freien Stationen bis zur Rückkehr unbedingt warten muß. Die Reichsgewerkschaft verlangt nun, daß diese Zeit zeitlos als wirkliche Arbeitszeit berechnet wird. Diese Berechnung würde dazu führen, daß das Personal in seiner Mehrheit täglich nur fünf bis sechs Stunden einschließlich des Vor- und Abgangsdienstes wirkliche Arbeit zu leisten hätte. Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes bedenklicht nichts anderes, als dies zu verhindern und den Bereitschaftsdienst als wirkliche Arbeitszeit zu rechnen. Die Grundzüge des sachständigen Arbeitstages werden durch den Referentenentwurf in keiner Weise angefasst. Durch das Reichsverkehrsministerium oder eine ihm unterstehende Behörde wird ferner gesagt, wie es das Ultimum der Reichsgewerkschaft behauptete. Anordnungen erlassen worden, durch die bereits jetzt eine Einschränkung der bisherigen Verhandlungen durchgeführt verucht worden wäre. Es wird lediglich mit aller Entschiedenheit dahin gestrebt, daß die bisher geltenden Vorchriften so durchgeführt werden, wie es nach ihrem Wortlaut und Sinn zur Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungen der Eisenbahn unerlässlich notwendig ist. Das war erforderlich, weil tatsächlich in vielen Bezirken nach bisherigen Bestimmungen in öffentl. Wider spruch zu den Vorchriften angewendet wurden. Notwendig war auch bei Ausbruch des Streiks die

#### Verordnung des Reichspräsidenten

auf Grund des Artikels 48 des Reichsverfassung. Wie sie gewirkt hat, kann erst gesagt werden, wenn die Verträge der Eisenbahndirektionen über ihre Anwendung vorliegen. Die Ausführung, daß mit ihrer Ausübung auch die Strafarkeit in der während ihrer Gestaltung begangenen Vergehen bestimmt sei, ist richtig. Die vom Reichsstaat herausgegebenen Richtlinien zur Durchführung der Disziplinarverfahren sind nur der selbstverständliche Ausfluß des Reichsbeamtenrechtes. Ich würde es mit meiner Verantwortung gegenüber dem Reichstage nicht vereindern, wennere Dienstvergehen der Beamten nicht zu verfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde mich auch selbst eines schweren Dienstvergebens schuldig machen. Die

Regierung verzichtet auf Massendisziplinarverfahren in der Erkenntnis, daß die übergroße Mehrheit der Beamten ihr Glauben an die Richtigkeit der Angelegenheit ihres Führers in den Streik gegangen ist. Über das Dienstrecht kommen während des Streiks geregelt die Bestimmungen des § 14 Abs. 3 des Dienststrafrechtes. Nach diesen Richtlinien werden ich und meine Referenten die Fälle behandeln. Bedauerlicherweise sind erhebliche

vorgestanden. (Hört! Hört!) Es wurde auf im Dienste befindliche Beamte geschossen, es wurden Handgranaten geworfen. Schüsse auseinandergeschossen und Teile herausgenommen, Hemmhämme auf die Geselle gesetzt, um Personenzüge zur Entgleisung zu bringen. Lokomotiventeile entfernt und (Webba) Bewegung und kürmiges Hör! Hör! rechts und in der Mitte. Man hat behauptet, der Einzel der Technischen Nothilfe sei nicht rechtzeitig erzielt und die Verwaltung habe sich über den Erfolg des Einsatzes gestäubt. (Sehr richtig! rechts.) Vor dem Erfolg der Verordnung des Reichspräsidenten war ich durch die bisherigen Grundsätze gehindert, im eigentlichen Bereich der Betriebsdienst die Nothilfe einzusehen. (Hört! Hört!) Sonst waren aber alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Drei Tage nach Beginn des Streiks waren bereits mehr als 5000 Nothilfer eingezogen. Auch hatte in mehreren Bezirken das freiliegende Material verbraucht einen Nothilfetransport zu erhalten. Es hat das Versprechen aber nicht gehalten. (Hört! Hört! rechts.) Auch haben einige Männer den Einsatz der Technischen Nothilfe nicht zugelassen.

(Vorw. hört! hört! und Zurufe rechts: Welse?) Daher konnte der volle Einsatz der Rothilfe erst am 7. Februar erfolgen. Außerdem wurden 12.000 Hilfskräfte, darunter 1200 Lokomotivführer, eingezogen. Die Erfahrungen mit der Rothilfe werden uns wichtige Richtlinien für die Zukunft geben. Wir können aber erst darüber urteilen, wenn die Berichte der Eisenbahndirektionen vorliegen. (Zusatz links: Die beladen werden, daß die Technische Rothilfe Mitarbeiter haben angekündigt hat.) Die Verkehrsregelung gegenüber dem normalen Verkehr betrug auf der Strecke Berlin-Breslau 40 Prozent, im übrigen 30 Prozent. Die gesamte Beamtenchaft muß sich künftig einzüglich in dem Gefühl der engsten Verbundenheit mit dem Staat zusammenfinden. Pünktlichkeit und freudige Singabre an die schwierigen Aufgaben des Betriebes müssen selbstverständliche Eigenschaften des Eisenbahnamt sein. (Lebhafte Beifall. (Zurufe links: Und wenn der Magen noch so knurrt!))

Mit der Besprechung verbunden wird die

Aussprache über die beiden folgenden Anträge:

1. Unabhängiger Antrag: Der Reichstag billigt, daß eine Ausnahmeverordnung unter Bezeichnung der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahner erlassen wurde, daß dadurch das Streikrecht der Beamten aufgehoben werden soll, daß die Reichsregierung den Arbeitsschutz anstrebt, daß sie Verhandlungen abgelehnt hat, und daß sie die Disziplinierung von streikenden Beamten vornimmt.

2. Kommunistischer Antrag: Der Reichstag will beschließen, die Reichsregierung zu erufen: 1. Einige beschränkte Streikfreiheiten sind sofort freizugeben. 2. Verhaftungen sind, soweit die Verhältnisse es noch nicht auf diesem Fuße befinden, sofort aufzuheben. 3. Die Reichsregierung wird erufen, bei der Landesregierung dafür zu wirken, daß der Berliner Magistrat Maßregelungen aus Anlaß des Berliner Gemeindearbeiterstreiks nicht vornimmt und vorzusehende Maßregelungen zugängig macht. (Lachen rechts.)

Abgeordneter Wels (Soz.):

Wenn ich eins bedauere, so ist es der Umstand, daß entgegen der Anschauung der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Technische Rothilfe sich wiederum in unserem öffentlichen Leben Daseinsrecht erworben hat. Ich bedauere insbesondere, daß die Verweigerung von Roßstandsarbeiten während des Eisenbahnerstreiks heute dem Herrn Reichsverkehrsminister Gelegenheit geben könnte, ein Lobredit für die Technische Rothilfe zu erheben. Wir Sozialdemokraten erklären, daß wir die Technische Rothilfe als einen Faktor betrachten, der zur Vergleichung der Arbeitermassen schwerlich beiträgt.

Ich bin leider nicht in der Lage, den Erklärungen, die der Herr Reichsanzler am Donnerstag abgegeben hat, in Wortlaut und Sinn in allen seinen Teilen zu folgen. So bin ich insbesondere nicht in der Lage, die Bezeichnung des Beamtenstreiks als Beamtenstreik, als Aufstrebewegung, mir zu eignen zu machen. Das der Streik der Eisenbahner in Deutschland ein fortwährendes Unglück bedeutet, nicht allein in materieller Beziehung, sondern auch in moralischer Hinsicht, darüber könnten wir uns alle einig sein. Es erscheint bei der Schwere dieser Schäden und bei der Notwendigkeit, die Wiedereinzug ihrer Konservativen zu verhindern, unumgänglich,

die Welsche dieser Bewegung

kennen zu lernen und ihre Quellen zu verstehen. Es ist nicht zu zwecken, daß in der Schilderung der Sache in Aufsicht sozialere Gesichtspunkte zur Geltung kommen, als sie sich bislang durchgespielt haben. Nach der Meinung der gesamten unteren und mittleren Beamtenchaft, denen man nachlegt, daß sie nach dem Wort hörden, was das Kreuz hat, der liegt sich. Weiter kommt hinzu, daß auch die Männer, die in die Verhandlungen mit den Beamten und Arbeitnehmern seitens bestimmter Regierungsspitzen geführt wurden, immer wiederholte Klagen aus den Kreisen der Arbeitnehmer hervorgebracht haben. Auch in dieser Beziehung empfiehlt mir der Regierung dringend, ein klares Tugendmaß daraus zu haben, daß die psychologischen Gesichtspunkte, die zur Aufräumung von Schwierigkeiten dienen können, stärker vor ihr bedacht werden. Wenn ich nun auch ausgestanden will, daß die Beamtenchaft ein voll gerüstetes Werk zur Klage hätte, so bin ich nicht in der Lage, die Art zu billigen, wie sie in den Kampf eintritt und auch nicht die Art, wie sie den Kampf führt, insbesondere, wie sich die Streitleitung angeblich auch während des Streiks an das deutsche Volk gewandt hat. Wir Sozialdemokraten sind durchaus dafür, daß

eine automatische Anpassung der Schritte

in ihrer Höhe an die wachsende oder sinkende Kaufkraft des Geldes erfolgt. Auch wir wehren uns vor allen Dingen gegen jeden Verlust, den achtfürstigen Arbeitstag zu zertrümmern, der für uns Sozialdemokraten eine der wichtigsten Errungenheiten der Revolution ist und bleiben wird. (Sehr richtig bei den Soz.) Ich freue mich bestens, daß der Herr Verkehrsminister vorhin ausgesprochen hat, daß an dem

Wirtschaftstag an für die Eisenbahner nicht gestritten werden darf. Dafür aber werden wir Sozialdemokraten in unserer Teil Soz. tragen. Ich habe während des Streiks Gelegenheit gehabt, mit den Herren von der Streitleitung wiederholst zu verhandeln und habe von diesen Herren bei den ersten Besprechungen die Erklärung gehört, daß auch ihrer Meinung nach selbstverständlich eine Differenzierung zwischen Arbeitsteilung und Arbeitsbereitschaft vorhanden sein muß. Sie er-

klären uns aber auch, daß sie entsprechende Verhältnisse der Regierung bereits schriftlich überbracht hätten. Mit uns Sozialdemokraten war ein Streit nie Selbstzweck. Wir haben sie erklärt: Streits sind eine zweckmäßige Waffe, die nur in den alleräußersten Fällen angewandt darf.

Das ist heute in der Republik, wo wir um die Erhaltung unserer Staatsform kämpfen, mehr notwendig, als jemals. Wo war in diesem Streit der Klasseneigner, wo war der Theorie Juno, wo war die Linie, die die deutsche Arbeiterschaft für den kleinen Streik in ihren Streikreglementen sonst ausgearbeitet hat. Alle diese Bestimmungen sind sowohl bei dem Streik in Berlin wie bei der Eisenbahner nicht beachtet worden.

Auch bei diesen Streiks herrschte ein starker Radikalismus, aber kein politischer, sondern ein wirtschaftlicher Radikalismus. Es gab manche, die am lautesten schrien und am unverschämtesten taten, die politisch den Deutschen Nationalen oder den Deutschen Volkspartei angehörten. (Sehr richtig bei den Soz. Lachen rechts.) In Cassel war der erste, der verhaftet werden mußte, ein deutschnationaler Stadtverordneter. (Hört! hört!) Man soll in der Arbeiterschaft das Wort nicht vergessen, das am Anfang der Revolution gesprochen wurde, daß die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung werden darf. Jetzt aber wollte man durch eine Lohnbewegung der Eisenbahner den Staat überwältigen und uns womöglich den idealen Zuständen unseres östlichen Nachbarn entgegenführen. Unbeachtet haben sich hierbei die Herren von der äußersten Rechten und der äußersten Linken in die Hände geschaufelt und uns jede Möglichkeit zur Geltung unseres Landes verliehen wollen.

Bergen Sie nicht, meine Herren in Arbeiterschaft, war dieser Tage das Nichtswaren rege, daß diese Streiks von politischen Drahtziehern veranlaßt wurden, die aus dem völligen Stillstand des Verkehrs, aus der Verweigerung der Versorgung der Reichshauptstadt, für sich Vorteile herausholen wollten.

Die Verordnung des Reichspräsidenten

ist aufgehoben. Sie wird natürlich jetzt, wo ihre Wirksamlosigkeit klar liegt, anders beurteilt werden, als von denen, die zu ihr anders sahen, als ich damals bei ihrem Erlass zu ihr gestanden habe. Die Regierung kann für mich anführen, daß sie von den Reichsparteien und auch von den Mittelparteien aus bestimmt angegriffen worden wäre, wenn sie diese nützliche Verordnung nicht erlassen hätte. Diese Verordnung hat meiner Überzeugung nach Sympathien für die Streikenden hervorgerufen, während sonst eine viel stärkere Beurteilung Platz gegriffen hätte. Für die Vergangenheit lädt sich nichts anderes, aber für die Zukunft bitten wir doch daraus zu lernen, daß man mit solchen Maßnahmen Streikende falsch einschätzt und der Autorität nicht schadet, als jene, die gegen die Autorität anstreben.

Die Zentralfrage des ganzen Problems ist die des Streikrechts der Beamten. Diese Frage ist höchst umstritten! In der Presse habe ich eine Erklärung der deutschnationalen Fraktion gesehen, die dieses Recht in absoluter Form verneint. Ich kann feststellen, daß in diesem Punkte zwischen der deutschnationalen Fraktion und der zufolgen Cominternregierung vollkommen Übereinkunft besteht. Ein russischer Eisenbahner, der seine Kameraden zum Streiken auffordern würde, hätte wahrscheinlich nichts zu suchen. Heute kann man es sichen, daß eine Partei, welche die Opposition treibt, aber weil sie nicht gerade Regierungspartei sein will, im Reiste die Anerkennung des Beamtenstreikrechts ausdrücklich fordert. Wann darüber die Mitglieder der Partei, die in den Eisenbahnen tätig sind, Streikrechte der Beamten entschieden verneinen. Wels erinnert an das Verhalten in Prag 1921, die im Süßschen Vandalus abgelehnt wurde. Diese Erklärung spricht sich entschieden gegen das Beamtenstreikrecht aus.

Es wird in diesem Hause keine Partei geben, die in der Abstimmung, den Beamten unter allen Umständen ein Streikrecht zugestellt. Ich kann darüber hinaus feststellen, daß es noch nie eine Regierung gegeben hat, die bereit gewesen wäre, ihren Beamten ein unbedingtes Streikrecht zugestehen. Jede Regierung hat die Pflicht,

den geregelten Gang des Staatsgeschäfts zu sichern.

Wenn wir ein unbedingtes Streikrecht der Beamten bewilligen, bewilligen wir damit die unbedingte Pflicht der Regierung, den Verantwortungen der Beamten zu entsprechen. Ein unbedingtes Streikrecht der Beamten bedeutet nichts weiter, als das Recht der Beamten, das Maß ihrer Leistungen sowie sowie das Maß ihrer Leistungen selbst zu bestimmen. Das wäre ein Recht, das keine Bevölkerungsgruppe jemals für sich in Anspruch genommen hat und in Anspruch nehmen kann. Für den Arbeiter ist ein Streik ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Für den Arbeiter bedeutet der Streik um dauernden und völligeren Existenzraum. Der Arbeiter wird ausgeworfen, wird entlassen. Der Beamte aber bekommt sein Gehalt im voran, er ist in unbedingtem Streikrecht und pensionsberechtigt. Dem Streikrecht der Arbeiter steht das Auszerrungsrecht der Unternehmer gegenüber. Der Staat würde aber hinter dem Betriebsunternehmer zurücktreten und die Beamtenfestigkeit würde keineswegs gleichberechtigt mit der Arbeiterschaft sein, sondern sie werden im höchsten Grade bevorzugt. Ich glaube nicht, daß die Beamtenfestigkeit solche Vorrechte für sich in Anspruch nehmen will; sie würde darunter

die Rechte der Demokratie einfach zerstören.

Hier ist der kleine durch Schlüsse und angeschickte Bewegungen den tabellierten Verlust der Ceremonia. Und dabei erwies man keinen Platz leichter.

Seit der Leichenzug sich in Bewegung setzte, hatte Herr Dobouzy, als ein Mann, der am alten denti, seinem Blümchen drei Goldstücke gegeben, eins von zwanzig Franken, eins von fünf und eins von einem Franken. Das erste war für den Opfersteller, das zweite für die Sammler bestimmt. Aber der Junge, der offenbar schlief, wie es den Alten hieß, war, der der Beisetzung der Alten bewußt und gab, entgegen dem Gebrauch, das Goldstück dem Altenkammie für die Armen, die fünf Franken dem Küster und die ansonsten Sous dem Pfarrer.

Als er auf dem Kirchhof einen Spaten voll leiner gelben Blütenstaub erhebte, die mit einem so grauenzauberlichen Glanz, auf den Gang warf, wäre er fast in das Grab gesunken. Endlich ließ man ihn in den Wagen steigen, und während sein Wurm erledigt ansetzte, fuhr der zweijährige Wagen in reicher Truhe davon, zur Stadt hinaus, in die Vorstadt außerhalb des Zirkuswerks, wo die Dobouzy's ein großes, schönes Haus neben ihrer Kapelle befanden.

Um Mittagabend, wo die Familie vereinigt war, sprach man von Gebeten, ohne sich weiter bei dem am Morgen Geblümchen aufzuhalten und ohne auf Lorens zu achten, der zwischen seiner Großmutter und Herrn Dobouzy lag. Dieser reichte ihm nur an, um ihn zur Pflicht zur Weisheit und zur Vernunft zu ermahnen, — drei Worte, die für die kleinen Kinder, die kaum zur ersten Konfirmation gekommen waren, gar zu edelklangen.

Die gute Ceremonie hatte dem Mailemnaden zwar gern ein zärtliches Wort gegeben, aber sie fürchtete, ihm dadurch einen schlechten Dienst zu erweisen, weil die Herren des Hauses dies als eine Schande hielten betreutes lassen. Sie bemühte sich, ihn zu beruhigen, weil sie dachte, dieses übermäßige Leid könnte denen zärtlich er scheinen, welche von mir an ihm Vater und Mutter erledigen sollten. Aber im Alter von 11 Jahren hat man nicht soviel Leid, und das leise Zureden der braven Dame rief bei dem kleinen Lorens nur noch heilige Erinnerungen hervor.

Während er den Kopf hängen ließ wie ein aus dem Nest gefallenes Vogelchen, sah er durch die nebelverdunkelten Bilder die Seele verschwunden war.

„Ach ja, Lorens, hör mal auf! Sei vernünftig!...“

## Das neue Karthago.

Von Georges Sehouard

I]

(Stichdruck verboten.)

### L

#### Der Garten.

Als Jakob Barbael, Angestellter einer großen Steiermäerkisch in Antwerpen, gehörte war, ließ der Juwelier Herr Wilhelm Dobouzy, ein so lächelndes Leidensbegnadigts für ihn herstellen, daß alle seine Freunde ihm Anerkennung zollten und die kleinen Leute nicht wenig darüber bestanden waren. „Der weiss was ich kann!“ konnte man nicht als ironisch hören. Er hätte aber auch nicht mehr für sich selbst verlangt: ein Segments eines Klopfes (der war kann, außer den Leichenbegängen, den Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Stunde ist nicht so sehr) ein kleiner Totenkopf, aber keine Absolitionsgebete (es ist doch nicht nötig, die für die Beleidigten aufzutragen und für die übrigen langweiligen Ceremonien zu verlängern) sondern viel Meier ist, Schmuck mit weichen Perlen und Steinchen, sondern viel Prunk

Bei jenen Lebzeiten hätte Jakob Barbael, der arme Dienst, gewiß sein so herzliches Bedürfnis erfüllt.

Herr Wilhelm Dobouzy, ein Mann von fünfundsiebzig Jahren, groß, aber schon ergraut, nervös und trocken, beharrlich, militärisch, freim in seinem Gekleid, das wie Schnäbel im Ausdruck, saßt er hinter dem Sohne des Verstorbenen, dem kleinen Lorens, seinem Kindel, der in einem hüfthohen, hoffnlichen Schmuck ausgetragen war.

Selbst, sie aus dem Hause fort waren, hatte der Junge noch nicht aufgehobt zu weinen. Da der Kleine schliefte er noch weiter. Seine brausen Läuten der Glöden und besonders beim zärtlichen Anknüpfen der Schellen im Chor hielten er konstante Zustungen.

Seher dieses lächelnde Gesicht wurde der Bettler Wilhelm, ein schmäler, offizielles, ein herzigglötterner Mann, der nichts übertrieben lebte, zärtig, und jedes Elegante legte er ihm sehr ins Gesicht.

„Ach ja, Lorens, hör mal auf! Sei vernünftig!...“

„Sei dich! Sei jetzt!“

Und breiten, glatten Streifen herabfielen, mit grohen, graugrünen, die herabfallenden Augen, fast kein Fleisch; männliche Züge, dünne blassen Lippen, eine Stumpfnase und ein Schnurrbartchen. Eine hohe, unangenehme Stimme, wie der Schrei des Verhängnisses. Ein trockenes, besonnenes Herz, hier und da ein wohlwollender Zug, aber kein Zertigefühl; ein ganz alltäglicher, beherrschter Geist.

Wilhelm Dobouzy hatte, als er noch ein glänzendes Pionierhauptmann war, sie wegen ihres Geldes geheiratet. Die Mitglieder dieser Tochter eines ehemaligen Strumpfwarenhändlers aus Brüssel hatte, als er seine Entlassung nahm, ihm den Bau seiner Fabrik ermöglicht und war die erste Spalte auf der Leiter seines Glücks gewesen.

Aber eine andere Person zog Lorens' Aufmerksamkeit zu: wen mehr auf sich, nämlich Regino oder Gina, das einzige Kind der Dobouzy's, etwa zwei Jahre älter als Lorens, eine Schönheit, nervöse Brünette mit ausdrucksstarken dunklen Augen und reichem lockigen Haar. Das Oval des Gesichtes war tödeslos, die Wangen hatte zudem Flügel, der Mund war frisch und eigenartig, das Kind wies ein reizendes Grübchen auf, der Teint war rosig und matt wie eine durchsichtige Kamme. Nie hatte Lorens ein so hübsches Mädchen gesehen.

Dennoch wagte er es nicht, ihr ins Gesicht zu schauen, ob lange das Feuer ihres boshaften Blickes auszuhalten. In das Ungestüm des ausgelassenen, verwöhnten Kindes mischte sich ein wenig der feierliche, würdevolle Ausdruck des Bettlers Dobouzy. Und in gewissen Augenblicken bewegte etwas Verächtliches und unglaubliches Spöttisches ihre unzulänglichen Lippen und veränderte den Ton ihres barhalben Lachens.

Sie imponierte Lorens. Er blieb verblüfft vor ihr und hätte sie fast geschrieen. Schon fiel es ihm auf, daß sie eine zweit- oder dreimal betrachtete und dabei lediglich diese Prüfung mit einem hochmütigen, herablassenden Lächeln begleitete.

Dabei wußte sie recht wohl, daß sie einen günstigen Eindeut auf den Jungen machte, und deshalb zeigte sie sich noch beweglicher und launenhafter als je; sie mischte sich in die Unterhaltung, sprach nur beim Essen und wußte nicht, wie sie die Autorenstafette auf sich ziehen sollte. Da ihre Mutter mit ihren Erwähnungen nichts ausrichten konnte und sie die kleine Larissa auch nicht wollte — denn das hätte ihr deinen Bettler Dobouzy —, zog sie ihrem Mann verzweifelte Blicke zu.

(Fortsetzung folgt.)

Unbeschranktes Streikrecht und Beamtenprivilegien, das sind andere Dinge, die nicht übereinstimmen. (Sehr richtig in der Mitte.) Darum wird in Gemeinschaft mit den Beamten die Frage zu prüfen sein, welches von den beiden Rechten zugunsten des anderen eingestellt oder aufgegeben werden soll. Auf der anderen Seite muß man sich darüber vollkommen klar sein, daß ein jeder Prinzip, wenn es auf die Spitze getrieben wird, zum Unsum wird. Die Arbeitspflicht seines Menschen darf so geregelt sein, daß ihm ein lecktes Notwehrmittel veragt bleibt. Ich darf hier daran erinnern, daß es im bezeichneten Gebiet auch Beamtenstreik, sogar Richterstreik gegeben hat, das damals die entschuldigende Billigung auf der rechten Seite dieses Hauses gefunden haben. Das also der Beamte unter ganz außerordentlichen Umständen das Recht der getreuen Kreatur für sich in Anspruch nehm kann, das wird auf seiner Seite bestreiten werden können. Das wird uns

der Beamtenkreis beim Kapp-Putsch

entgegen gehalten. Damals hat sich die Beamtenchaft geweigert, sich unter die Tyrannie jener blutigen Hanswürste zu stellen, die den Kapp-Putsch abschafft haben. Dafür sollten Sie nach rechts auch als Mittel der Dienstverweigerung ausübt werden können, wenn man arbeitenden Menschen verweigert werden, und das ist meines Erachtens die Grundlage, auf der dieses schwierige Problem gelöst werden muß, wobei die Frage offen bleibt, was das Rechtsherrrecht anzeigt. Darüber, daß die Beamten unter schwierigen Verhältnissen zur völligen Verpflichtung ihres Dienstes verpflichtet sind, kann ein Zweifel nicht mehr bestehen. Für seine Pflichterfüllung darf dann der Beamte zur Sicherung seiner Existenz vom Staat das verlangen, was der Staat zu leisten imstande ist. Auf dieser Grundlage werden wir uns ausgesetzt mit den Beamten verständigen können.

Zusammenfassend sage ich:

Beamtenprivileg und unbedingtes Streikrecht sind nicht

mit einander zu vereinbaren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und in der Mitte.) Ein lecktes Notwehrrecht aber, das als Mittel der Dienstverweigerung ausübt werden kann, kann keinem arbeitenden Menschen verweigert werden, und das ist meines Erachtens die Grundlage, auf der dieses schwierige Problem gelöst werden muß, wobei die Frage offen bleibt, was das Rechtsherrrecht anzeigt.

Das Beamtenprivileg und unbedingtes Streikrecht sind nicht mit einander vereinbarbare. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und in der Mitte.) Ein lecktes Notwehrrecht aber, das als Mittel der Dienstverweigerung ausübt werden kann, kann keinem arbeitenden Menschen verweigert werden, und das ist meines Erachtens die Grundlage, auf der dieses schwierige Problem gelöst werden muß, wobei die Frage offen bleibt, was das Rechtsherrrecht anzeigt.

Das Koalitionsrecht der Beamten gesichert

haben will und der besagt, daß in Abwehr der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatswesen einnehmen und der verdecklichen Wirkungen, die ein Beamtenkreis mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt werden muss, daß die Beamten, die sie die Tätigkeit einteilen, alle Mittel ergriffen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind. Um dies zu erreichen, soll mit Belehrung ein Schließungs- und Schiedsverfahren geöffnet werden. Es ist zu haupten worden, daß die Weimarer Verfassung das Koalitionsrecht und damit das Streikrecht der Beamten sicher stellt. Das ist ein Irrtum. Die Verfassung hat ein besonderes Streikrecht nicht erkannt. Inneramt ist nur die allgemeine, die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit.

**Abg. Höfle** (3r): Der Verlauf des Eisenbahnerstreiks rechtfertigt den Satz, daß der Streik ein Verbrechen am deutschen Volke war. Ein Beamtenstreik ist unvereinbar mit dem Beamtenrecht. Namens der Zentrumspartei habe ich ganz offiziell zu erklären, daß sich die

#### Aussöhnung des Reichskanzlers

in der Frage des Beamtenstreiks vollkommenen mit der meine Fraktion best. In Weimar hat der sozialdemokratische Reichtagsständer ausdrücklich erklärt, der Begriff des Koalitionsrechts im Sinne der Reichsverfassung besteht nicht mit dem des Vereinigungsrechts der Beamten. Der Streikkreis beim Kapp-Putsch kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die Notlage der Beamten wird erkannt. Eine Revision der Grundherrschaft ist ausgesagt. Eine für den Streik verantwortlichen müssen die Konsequenzen tragen. Wie sind daher nicht für den Ministr Hoffmann. Wir billigen die Richtlinien der Regierung. Möge der Streik den irregelmäßigen Beamten die Augen öffnen.

**Abg. Berndt** (Dn.): Alle die Beamten gibt es kein Streikrecht. Die selbstkritische Art, mit der der Kanzler seine Verurteilung des Streiks ausgesprochen hat, paßt schlecht zu dem blühenden Verhalten der Regierung. Warum hat es unter dem monarchischen System keinen Beamtenstreik gegeben? (Lachen links.) Die Zweideutigkeit der Sozialdemokratie hat viel zum Ausbruch des Streiks beigetragen. (Abg. Seerding (Soz.): Gegen die Entente würden Sie aber selbst streiken!) Streik gegen eine fremde Macht — das ist etwas anderes. Nach der Revolution haben sich die Sozialdemokraten gebessert, sie hätten den Beamten das Streikrecht verhafst. (Zuruf bei den Soz.: Koalitionsrecht, nicht Streikrecht!) Der sozialdemokratische Abg. Stelzlößl hat in Sitz 17 des "Sozialistischen Beamtenseminars" bestellt, daß die Beamtenschaft nach der Reichsverfassung das Streikrecht habe. (Schr. richtig auf der äußersten Linken.) Die Vertretung der Beamten ist verständlich — denn die Arbeiter verdienen mehr, als sie, die erst nach Jahren der Vorbereitung angetreten sind. Das Kompromiß, das der Streik bedeutet hat, bedeutet eine gleiche Kiederlage der Regierung.

**Abg. Schödl** (Dt. r.): In der Beleidigungsfrage hätte die Regierung schon früher an die Revision herangehen müssen. (Kommunistischer Zwischenruf: Sie wollen den oberen Beamten alles und den unteren gar nichts geben!) Die Verordnung des Reichspräsidenten ist viel zu früh aufgehoben worden. Von einem Streikrecht der Beamten kann keine Rede sein. Auch für die Arbeiter gibt es ein Streikrecht in vollen Umfangen nicht. (Lebh. Widerspruch links.) Das liegt ja genau im Koalitionsrecht (Zuruf links) und Streikrecht sind nicht identisch. Wir willigen auf Schörlitz, daß der Kanzler mit der kreisenden Reichsgewerkschaft verhandelt hat. Warum ist die zum Streik neigende "Rote Fahne" nicht verboten worden? Welche Länder haben den Einfuhr der Technischen Nothilfe verhindert? Rötig ist eine reichsgesetzliche Regelung des Einsatzes der Technischen Nothilfe. Unser Herr ist es, der die Verfolgung der Diktatoren verabsäumt dem aufländischen Minister genommen worden und auf das Gesamtkabinett übergegangen ist, dessen Zusammensetzung von den politischen Mehrheitsverhältnissen abhängt. Die Urteilsbildung wird so von politischen Gründen abhängig. Den Worten des Reichskanzlers gegenüber könnten wir ein Beifallsapplaus ausdrücken; seine Taten müssen wir aus hüttete ablehnen.

#### Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Regierung hat sich nicht vorbereitet. Sie hat diesen Streik beendet, und das war ihr Ziel bei den Verhandlungen. Ein Streik wie dieser, in seiner Ausdehnung und mit der Gefahr, sich zu einem allgemeinen Beamtenstreit auszudehnen, ist in keinem Beamtenrecht irgend eines Staates bisher vorgelebt gewesen. (Zuruf bei den Komm.: Sehr gut!) Die Regierung hat in keiner Beziehung ein Gelehr breit. Das Reichskabinett wird sich nicht mit den einzelnen Disziplinierungsfallen befassen. (Zuruf auf der äußersten Linken: Sie müssen doch halten, was Sie versprochen haben! — Hört! hört! rechts.) Was ich versprochen habe, halte ich auch. Ich habe im Auftrage des Kabinetts Verhandlungen mit den Spartenorganisationen geführt und mich dabei nach dem gerichtet, was wir im Kabinett einstimmen beschlossen hatten. Am Montag war bei diesen Verhandlungen auch Herr Lenz von der Reichspostgewerkschaft anwesend. Er wies sich als mit einem besonderen Mandat der Reichsgewerkschaft aus. (Lebh. Hört! hört! rechts.) War das etwa ein Unfall? (Lebh. Rufe links: Nein! Durcheinander nicht! — Großer Unruhe rechts.) Erinnern Sie mich! (Lebh. Rufe links) Ich doch daran, daß es Ihnen Peine gegeben hat, die sich bei einer politischen Bewegung loslösen gegen alle Verhandlungen gesträubt und gewehrt haben, bis es zu spät, bis die Katastrophe da war. (Stürmische Gebrüll rechts und in der Witte.) Wenn man verhandeln will, muß man doch jemand vor sich haben, der mindestens ein Mandat der Streitkämpfer hat. Bei den Verhandlungen mit den Spartenorganisationen war außerdem auch der Beamtenbund vertreten. Es war klar, daß bei ihm auch Vertreter der Reichsgewerkschaft sein konnten, selbst aus dem Vorstande der Reichsgewerkschaft, ohne daß diese Vertreter in dem Streik eine aktive Rolle gespielt hätten. Ich würde in einem so schweren Augenblick, der so schwerwiegende politische Folgen haben kann, genau wieder so handeln. Die Situation war für die Regierung günstig, zumal die Gewerkschaftsvertreter auf Schärfe den Streik verurteilten. Ehe ich mit dem Beamtenbund in eine Besprechung eintrete, stelle ich die Frage: Wie stellen Sie sich zum Streik? Ich habe die Sicherung erhalten, daß der Vorstand des Beamtenbundes ein Zusammengenieur mit den Streitenden ablehnt und den Streik missbilligt. Wir haben mit den Spartenorganisationen am Verhandlungstisch und — ich sage das offen — es ging so gemütlich zu, wie einmal im Reichskabinett, als die Herren rechts darin saßen. (Enttäuschung rechts. — Heiterkeit im Hause.) In zwei Sitzungen wird ein sachliches Einvernehmen erzielt. In der Frage des Arbeitszeitgeleches und der Grundlöhne kam ein Einvernehmen zustande. Damit war aber noch nicht alles erledigt. Unsere politische Aufgabe war die Beendigung des Streiks. Als Reichskanzler hatte ich auf dieses Ziel hinzuwirken. Dieses Ziel können Sie nicht erreichen, wenn Sie von vornherein erklären: Mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft will ich nichts zu tun haben. (Großer Lärm rechts. — Zurufe: Das haben Sie aber gesagt. — Beifall links.) Es muß Leute geben, die den Streik abbauen, nachdem sie ihn angezettelt haben. Durch die Vermittlung des Herrn Abg. Höfle kamen Mitglieder des Vorstandes des Reichsbeamtenbundes und der Reichsgewerkschaft der Postbeamten zu mir. Ich erklärte: ich bin bereit, mit Mitgliedern des Beamtenbundes und der kreisenden Reichsgewerkschaft wegen Abbruchs des Streiks in einer Besprechung einzutreten. In einem solchen Augenblick schaut man zu, daß man zu einem Frieden kommt, der uns vor weiteren Schäden bewahrt. In diesem Augenblick sind auch Wazariere von Herzen an mich gekommen, die nicht auf der Linken des Hauses sitzen. (Hört! hört! links.) Die

#### Disziplinarfrage:

die das Volk bis in die Tiefe aufzuhören kann, kann nicht einem einzelnen Reformminister überlassen bleiben. Wenn Massendisziplinierungen da und dort vorgekommen sind, dann werde ich als Kanzler mit dem Herrn Verkehrsminister darüber sprechen. Wir wollen

#### eine Politik der Vergeltung und der Rache.

(Große Unruhe und lebhaftes Hören hört! rechts. — Beifall links.) Die Reichsregierung muß sich dafür einsetzen, daß nicht eine solche Politik des Rachs von lokalen Behörden vorgenommen wird. Sie (nach rechts), die Sie zu sehr unterscheiden zwischen Wörtern und Taten zu machen scheinen, sind ja alle bestrebt, daß wir aus der Sache heraus sind. (Beifall. — Händeschütteln auf den Tribünen.) Es ist eine Tatsache, daß in beiden Kreisen der Beamtenschaft der Gedanke besteht, daß die Beamten das Streikrecht haben. Die Regierung hat dieser Aussöhnung nicht zugestimmt. (Zuruf rechts: Kapp-Putsch!) Wenden Sie sich an die

damalige Regierung! Dieser Streik soll für uns ein Mittel sein, um die Beamten von der tatsächlichen Rechtslage zu überzeugen. Seien Sie sich doch darüber klar: Dieser Beamtenstreik ist nicht vom Himmel gefallen, er ist eben auch

ein Teil der ungeheuren Erregung, die durch unser ganzes Volk geht. Der Druck der Reparationen

lastet auf uns allen. (Abg. Roemer, Komm.: Aufruhr gegen Ihre Erfüllungspolitik!) Hat jemand vielleicht geglaubt, daß dieser Streik die Aussage der Reparationsleistungen er leichtert? Diese Erhöhlungen müssen ertragen werden. Wie müssen leben, diese Dinge durch friedliche Mittel in Zukunft zu vermeiden.

Es ist die Frage des Verhaltens verschiedener Landesregierungen zur Technischen Not hilfe

und ihrer Einlegung berührt worden. Es erwächst das Problem: soll die Reichsregierung auch hierin den einzelnen Ländern Vorschriften machen? Vielleicht erfordern Sie (nach rechts) sich hier einmali bei den Mitgliedern der *Freien Deutschen Volkspartei*. Es mag da und dort geschehen haben, aber die Organisation der Technischen Not hilfe läßt sich auch nicht von heute auf morgen be wertstellen. Die Ausgestaltung der Technischen Not hilfe ist ungebührlich schwer, besonders in der Eisenbahntrasse wären ungeheure Vorbereitungen notwendig. Ohne Nachleute läßt sich nichts machen. Man denkt nur daran, daß in Groß-Berlin große Werke verlassen würden vom obersten bis zum untersten Beamten herab. Wenn die lebenswichtigen Betriebe samt und londers verlassen werden und Not und Elend nicht nur in die Paläste, sondern noch viel mehr in die Hütten einziehen, dann ist der Ausbau der Technischen Not hilfe dringend erforderlich. Es sind (nach links) Ihre Gründer, die am meisten gehilft haben. Wie müssen dafür sorgen, die Dinge so einzurichten, daß Sie (nach links) niemals mehr Gelegenheit haben, Ihren armen Brüdern das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist.

**Abg. Oltmann** (USA): Die gestrige Rede des Kanzlers müssen wir auf Schärfe verurteilen. Wenn 98 Prozent der Lokomotivführer in den Streik eingetreten sind, so kann diese Bewegung nicht durch Heiter hervorgerufen worden sein, sondern die elementare Lebensnotwendigkeit muß die Leute dazu gezwungen haben und dem ist auch so. Ein Spiegelbild zu den niedrigen Löhnen sind die Gehälter der höheren Beamten, die das Finanzamt der höheren Beamten bringen. Der Einwand, man müsse diese hohen Gehälter zahlen, weil sonst die tüchtigen Beamten in die Privatindustrie übergehen, ist hofflos. Die Maßnahmen, die die Regierung bei Ausbruch des Streiks zur Wahrung ihres Prestiges erließ, sind durch deutschnationale Geheimzüge in das Gegenteil umgewandelt worden. Gesetzesübertretungen dieser Leute sind die Regel. Eigentlich hat man in manchen Eisenbahnbezirken den Zwölftundtag wieder eingeführt. Ich erkenne ohne Wissen der Regierung. Mit allen Schiffen verjagt man den Zwölftundtag zu sabotieren. Die Beamtenräte sind eine leere Delusion, das Reichsverkehrsministerium dictiert, eine Reichsverordnung ist nicht vorhanden. Statt dessen besteht die Beleidigung des Zwölftundtages. Grüner führt sie aus. (Zuruf rechts: Nein, die Entente!) Nein, die Profitsucht. Zum Koalitionsrecht gehört auch das Streikrecht. Der säkularistische Lipinski hat sich nicht allgemein gegen das Streikrecht gewandt, sondern nur gegen das Streikrecht reaktionärer Beamten. Die Bestrafungnahme der Streikklasse und die Verordnung des Reichspräsidenten sind schändliche Gewalttaten. Daher ist die Sympathie der Öffentlichkeit den Eisenbahner angewiesen. Bedauernswerte Weise haben die freien Gemeinden nicht ihre ganze Kraft gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gewandt, und sind damit dem Streik in den Rücken gefallen. Der Streik hätte schon am ersten Tage beigelegt werden können, wenn es Gröners trockiger Herrenstandpunkt zugelassen hätte. Er ist eben auch heute noch General, und ein General kann eine Verbotsorganisation nicht leiten. Je eher Herr Grüner verhindert, desto besser für die Eisenbahner und für das deutsche Volk. Schon jetzt werden

**Massenentlassungen**  
vorgenommen. Wie verzögert sich das mit der Erklärung des Reichskanzlers, der doch mit seiner persönlichen Ehre eintreten wollte, daß das unterbleibt. Der Reichskanzler muß sein Versprechen einlösen. (Zuruf links: Herr Grüner lacht!) Wenn Herr Grüner lacht, dann muß ich sein Wort umlehren: Ein Hundstot, wer einen Eisenbahner mochte! (Stürmische Rufe rechts: Zur Ordnung! — großer Lärm auf der äußersten Linken. — Vizepräsident Dietrich bittet, die Plätze einzunehmen. Kommunisten und Unabhängige feiern auf den Plätzen zurück. bleibend jedoch stehen. Die Abgeordneten der Rechtsparteien verlangen stillschweigend: Hinsetzen! — Ungeheuerer Lärm.) — Der Vizepräsident schlägt die Sitzung. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr: Weiterberatung.

#### Gewerkschaftsbewegung.

##### Ceylon, heiß!

Anschließend an die 36. Vertreterversammlung des Provinzialverbandes Schlesischer Gartenbauvereine am Montag, den 16. Januar, im großen Saal des Landestheaters, Gartenstraße 74, nahmen die Teilnehmer nachmittags 3 Uhr im Saale der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländische Kultur in der Platzhirschstraße, Burgstraße, einen Lichtbildvortrag wahr, der sich mit Ceylons Pflanzenwelt, Pflanzenbau, mit der Ausführung über die Bedeutung der Insel, Sitten und Gebräuche der Eingeborenen, beschäftigte.

Der Vortragende, Herr Garteninspektor Behnert, vom Botanischen Garten in Gießen, verstand es in ausgezeichnetster Weise, die Zuhörer mit Bild und Wort zu fesseln. Unter vielen Interessanten befreundete er besonders die Art und Weise, wie man in Ceylon Farmen auf Bezug ihres Größenverhältnisses zu schätzen beliebt. Man fragt dort nicht nach der Flächengröße, sondern nach der Zahl der Kulis, die der betreffende Farmer beschäftigt.

Man sonnte es unseren Herren Gartenbaubetrieben, die sich früher Kunst- und Handelsgärtner nannten, anmerken, wie verständnisvoll und mit lebhaftigstem Hassen sie der Zeit entgegen schauen, die auch sie in die glückliche Lage bringen soll, in deutschen Gauen Ceylons Kultus zu pflegen.

Die mehr und mehr umfangreichende Lehrlingszüchterei, deren man sich im Gartenbau bedient, soll das Kultusmaterial für das deutsche Ceylon-Eldorado liefern.

Um dieses zu erreichen, ist eine Erziehungsmethode nötig, die die hoffnungsvollen Sprößlinge auch tatsächlich zu Kulis stempelt.

Dieser ehrenvollen Aufgabe scheint sich Herr Gemüsezüchter Neidenberg als Lehrer der Fortbildungsschule für Gärtnergesellen soll und ganz gewachsen zu führen, indem er seine zu gebenden weisen Lehren mit folgenden Worten umfaßt: "Der Gärtnerberuf ist ein heiliger Beruf. Es ist das höchste Ideal des Gärtners, mit Sonnenuntergang sein Tagewerk zu beginnen, um es mit Sonnenuntergang würdig zu vollenden. Durch so geprägtes Idealismus wird die Schaffensfreudigkeit des Gärtners erhalten, er wird durch behinderten Müßiggang von den Sünden und Lasten der Großstadt abgesiezt, um nicht als gewöhnlicher Arbeiter zu verkommen".

Als stellungshabender Gärtner ziehe es vor, seinem jeweiligen beruflichen Erdegeber ein anspruchsvoller Ceylonkul zu sein.

#### Bedingungen der Aussperrung in der Holzindustrie.

Die Rohbaumwolle in der württembergisch-badischen Holzindustrie ist abgeschlossen, nachdem die überwiegende Mehrzahl der Kollegen den Vereinbarungen der Verhandlungskommission zugestimmt hat. Die Arbeit wurde am allen Orten — ganz in Freiburg — wieder aufgenommen.

Eine Abfrage an Moskau. Der Kongress der österreichischen Gewerkschaften lehnte den kommunistischen Antrag, die Gewerkschaftszentrale möge aus der Internationalen Internationale austreten und sich der Moskauer Internationale anschließen, mit 339 gegen 227 Stimmen ab.

#### Aus der Provinz Schlesien.

**Hindenburg.** Ein großes Schadenfeuer. In Zaborze wütete in dem Teile, wo die Neubauten aufgeführt wurden, ein großes Schadenfeuer. Aus bisher noch unbekannter Ursache war in dem Teile von Zaborze, in dem die Neubauten entstanden sind, Feuer entstanden, das sich rasch verbreitete. Die Flammen griffen auf die Nebengebäude über und bald gleich der Teil einem Flammenmeer. Die Wehren und die Gemeindewachen konnten das Feuer erfolgreich bekämpfen. Wie hoch der Schaden sich verläuft, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

**Ratibor.** Födlich gestutzt. Der Kriminal-Oberwachtmeister Karl Hein von der Polizeidirektion Katowic ist einem bedauerlichen Unfall zum Opfer gefallen. Während er auf der Mühlstraße dienstlich zu tun hatte, glitt er auf dem Bürgersteige infolge der Glätte aus und schlug mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster auf, daß er bewußtlos vom Platz getragen werden mußte. Nach einiger Zeit starb der Beamte an den Folgen des Sturzes.

#### Sport am Sonntag.

##### Fußballspiel am Sonntag, den 12. Februar.

	Sonderklasse:	Schiedsrichter
230	Sparta I — Britannia I	Gandau
230	Sparta II — Britannia II	Gandau
230	Sturm I — J. T. Bieg I	Schmiedefeld
230	Silesia I — J. T. Bieg II	Leerbeutel
230	Silesia II — J. T. Bieg I	Hans
230	West I — J. T. Bieg I	Eichenpark
230	West II — J. T. Bieg II	Eichenpark

##### A - Klasse:

80	Diana II — Wacker II	Zantholzwiese Neugebauer
10	J. T. Olshau II	Zantholzwiese Haale
12	Diana I — Wacker I	Zantholzwiese Kitter
210	J. T. Olshau I	Zantholzwiese Lobe

##### C - Klasse:

20	Wacker I	Klein-Breda Kloß
----	----------	------------------

##### III. Bezirksmannschaft:

100	Sparta III	Gandau
-----	------------	--------

##### I. Jugendklasse:

100	Silesia I J.	Union I J. Deutsch-Lissa
11	West I J.	Sparta I J. Eichenpark

##### II. Jugendklasse:

Adalbert-  
straße 20

# Der INVENTUR-VERKAUF

hat begonnen

Adalbert-  
straße 20

**Nur kurze Zeit**

11550

Große Warenmengen sehr preiswert. — Günstigste Gelegenheit zum Einkauf für Haus und Küche. — Beachten Sie die Ausstellung in:

Emaille, Steingut, Porzellan, Glas, Lederwaren, Luxuswaren, Holz- und Bürstenwaren

Adalbert-  
straße 20

**Herm. Sachs Nachf. Leo Katz**

Inhaber:  
Adalbert-  
straße 20

Aller denken, was sie  
**Sonst-  
wünschensw  
Wurzeln Sonst**  
Sieben, Firma Obermeier's Original,  
aus der Deut-  
empf. wird.  
D. Dösterl.  
Deutsche  
Fachgeschäfte  
der zu empf.  
oder Reichtum, Drogerien und Ver-  
käufer.



1 Pckh. Glasteller	a. 11 cm.	2.25
1 Pckh. Bleibecher	mit 1/2 ltr.	1.45
1 Pckh. Butterdosen	a. 1000 gr.	6.95
1 Pckh. Zuckerschalen	a. 1000 gr.	3.75
1 Pckh. Kinderflaschen	a. 1000 ml.	1.95
1 Pckh. Sturzkaraffen	a. 1000 ml.	9.25
1 Pckh. Steingutteller	a. 1.500 ml.	2.95
1 Pckh. Eßschüsseln	vgl. a. 22 cm.	8.75
1 Pckh. Salz- u. Mehlmesser	mit	10.75
1 Pckh. Kaffebecher	a. 200 ml.	2.95
1 Pckh. Gemüsetonnen	Ballonform mit 5 ver- schied. Abschluß. In silberne, Silber Gewürztönnchen	8.75
1 Pckh. Handtuchhalter	mit	2.75
1 Pckh. Nudelrollen	mit 500 gr.	3.95
1 Pckh. Binsenfußmatte	mit	5.95
1 Pckh. Aluminium-Eßlöffel	mit	7.95
1 Pckh. Aluminium-Mahlzeitlöffel	mit	2.75
1 Pckh. Bestecks	mit 12 Löffeln	1.45
1 Pckh. Eßlöffel	mit	12.25
1 Pckh. Kaffeestiefe	mit 100 gr.	0.25
1 Pckh. Stahl-Nick-Eierkocher	mit	1.25
1 Pckh. Eierkocher	mit 14.75	9.75
1 Pckh. Glühstrumpfe	mit 500 gr.	5.25
1 Pckh. Gaszylinder	mit 5000 ml.	2.25
1 Pckh. Zylinder	mit 5000 ml.	1.45

Stetn  
Stern

Freund & Krebs  
Großhersteller  
Karlstr. 28 nach d. Hochstraße  
Sträßchen jeder Art  
Herrn-Filzdecke und  
Kostümdecken - Hute  
werden angeboten

noch

Möbel

billig

Hübner

Rentzschstraße Nr. 2  
I. u. II. Stock

Frauen

verlangen sofort bei freundlichen

Störungen

und Unterhaltungsschäden

meine allgemeinen Empfehlungen

Preis 25.— und 50.—

Meine freiwillige Dienstvereinbarung

Preis 11.—

Gummimärkte jeder Art

Spülzähne, Strigatoren,

Seife und Rosene-Büden.

Katalog gegen 2.—

Joh. A. Gebauer

Breslau 9, Rentzschstraße 1, R

Cie. J. Henkel & Cie. Breslau 9.

Gardinen

Steppdecken

Gardinen, 3-Lachs 110.00

3-Lachs, 110.00

Madras, 3-Lachs 225.00

Einen-Pinocchio

3-Lachs 245.00

Einen, Musterdrapiden

unter Preis.

Streichen

Stadtgarten 22, Joh.

Eine Neu-Tischdecke.

Kein Laden.

Großmarkt v. 9.—12.—

Frost-

Leim

Persicid

1 Pckh. 100 gr. bei benötigten

Gründen 100 gr.

Heinz-Spindler,

Oppauer Straße 3.

Joppen

für

Herren 215 Mk.

Jungen 295.-

Knaben 150.-

Anzüge

von 350 Mk. an

Alles über gleichgute

billige Preise. 11.—

Winkler,

Adalbertstr. 16.

Auto-  
Maschinen-  
Zylinder-  
la Petroleum

Fritz Klindworth G.m.b.H.  
Breslau 2  
Lauenhofstr. 27. Tel. R. 1096 u. 5252  
Telegramm-Adresse: Delikindworth.  
Branchenkund. Provinz-Vertreter gesucht

Hausfrauen!

Kauft und verlangt nur

Turbo  
Schokoladenpeise : Puddingpuiver  
Vanille-Soffe : Vanille-Zucker etc.  
An Qualität und Geschmack unübertroffen!  
zu haben in mehr als 500 Breslauer Geschäften  
Ernst-Paulo Erste Schlesische Puddingpulverfabrik  
BRESLAU 9, Adalbertstraße 68

Möbel  
Schlafzimmer,  
Wohnzimmer,  
Küchen,  
einzeln Stücke, ganze Einrichtungen  
ausgestellt in großer Auswahl a. hoher Qualität  
der Kasse evtl. Teilzahlung  
Korsunký & Co.  
Rosenhauer Str. 2, I.

Frauen  
und Mädchen keine Sorge bei  
Ausbleiben und Störung der  
Monatsregel  
Keine Individuallöschen  
garantiert und schädlichen  
Kontraktionspräparate  
bringen Ihnen Sicher Erfolg  
ohne Berufsstörung  
Schreiben Sie mit sofort  
Spülzähne, Strigatoren,  
Seife und Rosene-Büden.  
Käufle empfiehlt  
Rübler, Breslau 13  
Auguststr. 146 III, 5. Stock  
Preis das Paket 1.50 Mark.



Herrenbekleidung  
nach Maß

Erstklassige Stoffe  
Hervorragende Verarbeitung  
Vorzügliche Paßform

Nach zeitgemäßen  
billigen Preisen!

Kreuzberger

Reichsstraße 7 • Schlesiens größtes Spezialhaus

Sonnabend, den 11. Februar 1922

# Beilage zur Volkswacht

Sonnabend, den 11. Februar 1922

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Februar.

### Sozialdemokratischer Verein.

Montag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr:

#### Districts-Versammlungen.

In allen Versammlungen wird ein Vortrag über: "Was hat die Partei in den letzten Jahren geleistet?" 2. Parteianlegerheiten. 3. Verschiedenes. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

- 1. Schmied, Schillerstraße 23
- 2. Ulrich, Brandenburgerstraße 23
- 3. Alante, Hochstraße 7
- 4. Appel, Friedrichstraße 41
- 5. Weinert, Sonnenstraße 37
- 6. Behnisch, Bergstraße 22
- 7. Stadt Reichstein, Berlinerstraße 26
- 8. Lützner, Schweizerstraße 10
- 9. "Erholung", Eichenwalstraße
- 10. "Weiberkiste", Leutensstraße 34
- 11. Soifa, früher Heinz, Leutensstraße 12/14
- 12. Samal, Friedrich-Karlstraße 26
- 13. Hoffmann, Posenerstraße 79
- 14. Gräf, Wendstraße 37
- 15. Görlitz, Langegasse 46
- 16. Piotrowie, Melschasse 52/54
- 17. Sorgatz, Bergmannstraße 12
- 18. Freier, Schäferstraße 3
- 19. Goldener Schwanz, Kupferschmiedestraße 22/23
- 20. Kindergarten, Enderstraße 12
- 21. Stadt Danzig, Matthesstraße 91/93
- 22. Feldschlößchen, Weinstraße 53/55
- 23. Blieke, Hirschstraße 22
- 24. Weinert, Paulstraße 42
- 25. Hüsse, Lehndamm 82
- 26. Görlitz, Lößstraße 13
- 27. Zeuke, Osenerstraße 2
- 28. Gewerkschaftshaus, Zimmer 5
- 29. Gaukel, Elsterstraße 10
- 30. Pantke, jetzt Schmidt, Hubenstraße 56
- 31. Fiedler, Voßauerstraße 66
- 32. Roter Hirsch, Voßauerstraße, Ecke Brunnstraße
- 33. Hübner'sche Brauerei, Breitestraße 34
- 34. Gauer, Gräbschenerstraße 259
- 35. Hübner, Gabitzstraße, Ecke Menzelstraße
- 36. Martin, Schönstraße 80
- 37. Ramer, Gräbschenerstraße 113
- 40. Verke, Hubenstraße 95
- 41. Müller, Frankfurterstraße 174
- 42. Waldschänke, Tiergartenstraße.

Kedney sind die Genossen: Barth, Birnbaum, F. Blaschke, F. Blaschke, Burgund, Dars, Dr. Eschweiler, Feige, Hugo Frey, Prof. Dr. Fuchs, Gabriel, Dr. Ganzenmüller, Goerlich, Güttler, Hahn, Hause, Hobert, Janotta, Kaufmann, Sen.-Rat Dr. Käyler, Kirchhoff, Krämer, Kunze, Küche, Liebig, Mahe, Müller, Dr. Mühl, Mühl, Dr. Neher, Peitert, Richter, Schmid, Schneidewind, Schödl, Wagner, Wirsich, Winter, Ernst Zimmer, Reinhard Zimmer, Dr. Zils.

Parteigenossen und Genossen! Auf, Montag alles in die Versammlung!

**Mächtig, Jungsozialisten!** Heute abend 8 Uhr sind wir beim Fund für neue Erziehung, Schmiedebrücke, "Goldener Zepter". Sonntag, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12: Gemeinfestabend. Bitte zahlreich erscheinen. Nachmittags 5 Uhr im Arbeiterheim, Säulenweise, gemeinsame Versprechung der proletarischen Jugend.

### Breslaus Milchversorgung.

In der Monatsversammlung des Vereins Breslauer Milchhandel wurde unter anderem zur Milchpreisfrage Stellung genommen und dabei einstimmig betont, daß entsprechend der allgemeinen Vertreibung der Lebensmittel im Milchhandel erforderlich ist. Begründet wurde die Erhöhung durch die seit Besluß der damaligen Handelskammer zweimal erhöhte Fracht, durch Erhöhung der Umlaufsteuer, Arbeitslöhne, Werbefutterpreise, Milchkannen usw. Des weiteren gab Herr Milchhändler Müller Kenntnis von einer Besprechung auf dem Polizeipräsidium bezüglich Zustellung des Milchverkaufs in der Zeit vor 7 Uhr morgens. Wenn es auch dabei nicht möglich gewesen sei, die im Interesse des Milchhandels notwendigen Zugeständnisse soll zu erreichen, so sei doch von dem Polizeipräsidium zugesagt, den Milchverkauf während der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober jeden von 6 Uhr ab zugulden. Schließlich berichtete Herr Direktor Lertz über Anordnungen der Regierung, die auf die Milchversorgung Breslaus nach seiner Ansicht unbedingt schädigend wirkten müssen. Unter Aufführung von mehreren Beispielen führte Herr Lertz aus, daß Milch, die bislang nach Breslau geliefert wurde, und auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 weiter zu liefern ist, mit Genehmigung der Regierung an Landesmolkereien abwandert, während dieselbe Behörde in einem anderen Fall angeordnet hat, daß eine Milch, die bislang an eine Landesmolkerei geliefert wurde, nicht an die Zweigstellen der Breslauer Molkerei in Strehlen geliefert werden darf, obwohl die Strehler Molkerei nachweislich jeden verfügbaren Liter Milch als frisch milch nach Breslau liefert. Abgesehen davon, daß derartige sich widersprechende Anordnungen die größte Verhinderung schaffen, wurde betont, daß die Abwanderung von Milch aus Breslau keinen Endes mit zu weiteren Preiserhöhungen beiträgt.

### Musiker-Opferfest in Breslau.

Von der Erfahrung ausgehend, daß von dem Vorstand eines brauchbaren Nachwuchses im Musikerberuf nicht allein die Vertiefung, deren sich der deutsche Musiker unter keinen Bedingungen erfreut, sondern auch die Deutsche Musikkunst die Bercht und soweit auch die Weltgestaltung der deutschen Musik abhängt, hat der Vorstand des Deutschen Musikerverbands beschlossen, in allen Städten des Reiches einen Musiker-Opferfest zu veranstalten, um Mittel zu schaffen: Einmal zur Begründung von Orchester- und Chören, zum anderen im Anschluß an bestehende öffentliche oder halböffentliche Hochschulen und Konseravtoren; zum andern durch eine Umgestaltung des Musikkreises. Die erste Orchesterhochschule im Anschluß an die staatliche Hochschule für Musik in Charlottenburg hat ihre Pforten bereits geöffnet; andere sollen folgen. Im Musikkreis soll eine Umgestaltung in der Weise erfolgen, daß die Ausbildung zum Musiker auch hier als "Musikunterricht" gewertet und daher schulmäßig unter Aufsicht der Schulbehörden betrieben wird, während die gewerbliche Tätigkeit der jungen Leute in den "Stadtappellen" lediglich den Zweck hat, die schulmäßige Ausbildung durch die Erwerbung von "Kontakte" zu unterstützen und daneben auch die Mittel zum Unterhalt der Vernünfte zu schaffen.

Die Ortsverwaltung Breslau des D. M. V. veranstaltete nun im Rahmen des Musiker-Opferfests am 26. Februar 1922, vormittags 11½ Uhr, im großen Konzerthaus, ein Konzert, dessen Leitung die Herren Professor Dr. Georg Dohrn und Opern-Direktor Julius Küller übernommen haben. Das Orchester,

## Holzwucher und Wohnungsbau.

Sonnabend, den 11. Februar 1922

Bis zum Herbst vorigen Jahres war den provinziellen Wohnungs-Hilfsgegenstellen durch das Landwirtschaftsministerium Bauholz aus den Forsten zu Tagespreisen zur Verfügung gestellt. Dieses Bauholz haben dann die provinziellen Wohnungs-Hilfsgegenstellen in privaten Sägewerken schneiden lassen und dem gemeinnützigen Wohnungsbau, Siedlungsgegenstellen, den Kommunen usw. zugeführt. Es soll heute nicht unsere Aufgabe sein, Kritik zu üben, ob die zur Verfügung gestellten Holzmengen immer in der zweckmäßigen und sachverständigen Form verwendet gefunden haben. Zweifellos wird manche Kritik über die Bewertungsart des Holzes unterzogen werden können. Aber das eine Gute hätte die Maßnahme zweifellos, die Holzpreise könnten gesenkt werden und auf einer ziemlich gleichmäßigen Höhe bis gegen Juli/August d. J. gehalten werden.

Durch das dauernde Drängen des Holzhandels hat dann in einer Tagung des Vereins der Ostdeutschen Holzhändler und Sägewerke am 23. November d. J. der Landwirtschaftsminister Sehnlein im Auftrage des Landwirtschaftsministeriums die Erlaubnis abgegeben, daß eine Abgabe von Holz an die provinzielle Wohnungs-Hilfsgegenstellen nicht mehr erfolgen solle. Eine vernünftige Begründung für diese mehr als eigenartige Maßnahme hat das Landwirtschaftsministerium unseres Wissens bisher nicht gegeben. Die voraussehenden Folge der unverständlichen Handlungsweise des Landwirtschaftsministeriums war, daß die Preise für das Schnittmaterial, aus dem billigeren Rundholztafel von vor November vorigen Jahres hergestellt, in kurzer Zeit um mehrmals das Doppelte, zum Teil das Dreifache und darüber gestiegen. Ob diese vom Holzhandel hierbei erzielten ungeheure Gewinne

von den Landessinnsverwaltungen steuerlich restlos erfaßt werden, kann mit Recht beweist werden, jedenfalls mag dieser Fingerzeig auch die Landessinnsämter veranlassen, gerade dem Holzhandel ihr ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Dem Steigen der Preise für Schnittmaterialien folgte natürlich, da ein preisregulierender Faktor (die Wohnungs-Hilfsgegenstellen) mit dem vom Staat angewiesenen Holz nicht auftreten konnte, auch die Preise für das Rundholz und heute muß man auf Auktionen Preise von 1000 und 1200 Mark pro Kubikmeter im Walde und darüber anlegen. In dieser Preisfreiheit ist im besonderten die staatliche Forstverwaltung als der größte Rohholzproduzent des Landes nicht nur beteiligt, sondern hauptsächlich. Die in Frage kommenden Regierungsstellen scheinen sich nicht im entferntesten klar gemacht zu haben, daß die dem Staat aus dem Holzkauf auftretenden Gewinne des einen Restorts, auf der anderen Seite durch ein unglaubliches Anziehen der Kaufleute und der dadurch notwendig entstehenden

### Erhöhung der Baukostenzuschläge

doppelt wieder verloren gehen müssen.

Der schlechten Wohnungs-Hilfsgegenstalt kannen im vorigen Jahre circa 14.000 Heimstätten zur Verfügung. Schätzliche Mengen werden allen anderen provinziellen Wohnungs-Hilfsgegenstellen zur Verfügung gehandelt haben. Wenn auch diese Mengen keineswegs ausgereicht haben, den Bedarf für den Kleinwohnungsbau vollständig zu decken, so haben sie aber doch ein Anzeichen der Preise in dieser durch nichts berichtigten Höhe verhindert. Was die jetzt eingerettete Holzpreis erhöhung für jedes einzelne Bauvorhaben ausmacht, möge man sich an einem sehr einfachen Beispiel klarmachen.

Legen wir zugrunde, daß im Durchschnitt bei äußerster Sparnis circa 12 Kubikmeter Holz für den Bau einer Wohnung benötigt werden und diese 12 Kubikmeter durch das Wissen der Wohnungs-Hilfsgegenstellen im Durchschnitt im Vorjahr für 800 Mark pro Kubikmeter von ihr erhältlich waren, so bedeutete dies, daß die einzelne Wohnung für die Holzbefestigung mit 7200 Mark belastet wurde.

aus ca. 200 Räumen bestehend, lebt sich in der Hauptfahrt aus den Räumen des Stadttheater- und Orchestervereins zusammen. Es ist dies das erstmal, daß die beiden führenden Persönlichkeiten im Breslauer Bürgertum im Rahmen einer Veranstaltung vor die Öffentlichkeit treten, und wird dieser Umstand allein schon Anlaß zu einem Plauschbesuch des Konzerts sein.

Das Programm veröffentlichten wir im Anzeigenteil.

### Schultheissoldete Lehrkräfte.

Zur Besoldungsfrage der städtischen technischen Hilfslehrerinnen und ständigen nicht vollbeschäftigen Vertreterinnen der Stadt Breslau wird uns geführt:

Die städtischen technischen Hilfslehrerinnen und ständigen nicht vollbeschäftigen Vertreterinnen stehen im Alter von 25 bis 50 Jahren, überwiegend zwischen Vertreterinnen und fest angestellten technischen Lehrerinnen, sind fast alle mit nur 16 Wochenstunden im Turnen und Radelarbeits-Unterricht an den höchsten Volksschulen beschäftigt, obgleich sie bereit wären, mehr Stunden zu erlernen. Nach mehreren Beratungsjahren wurden bisher die technischen Vertreterinnen als Hilfslehrerinnen durch Dienstvertrag dem Magistrat der Stadt Breslau verpflichtet und erhielten dadurch dauernde Beschäftigung. Die Dienstältesten technischen Vertreterinnen erreichten aber nicht mehr der Dienstgrad der Hilfslehrerinnen sondern nur noch der ständigen, nicht vollbeschäftigte Vertreterinnen, sind aber im Besoldungsverhältnisse mit zu den technischen Hilfslehrerinnen zu zählen.

Von einem Monatsgehalte von etwa 700 Mark, welches die technischen Hilfslehrerinnen und ständigen Vertreterinnen erhalten, lehnen zu können, ist bei den heutigen Leistungsvorstellungen einfach unmöglich. Von diesem Gehalte werden noch die Steuern und das Krankengeld abgerechnet. Jeder, der im Lebensstil steht, muß diese finanzielle Not verneinen. Es kommt fast immer vor, daß Hilfslehrerinnen und ständige Vertreterinnen an drei, auch vier Schulen unterrichten, die weit von ihrer Wohnung entfernt, womöglich sind die Schulen selbst weit voneinander entfernt, daß sie auch noch eine monatliche Mehrausgabe von 100 Mark Fahrgeldern haben. Es ist zwar in letzter Zeit auf mehrfache Gedanken hin eine Erhöhung des Einkommens eingetreten, daß dies aber trotzdem vom 1. Februar 1922 nur etwa 700 Mark beträgt, zeigt gerade, wie elend die Lage der städtischen technischen Hilfslehrerinnen und ständigen nicht vollbeschäftigen Vertreterinnen ist, die um ihre Leben feiern können, in vielen Fällen gezwungen waren, Schulden zu machen.

Sofortige Abhilfe dieses halblos gewordenen Besoldungsverhältnisses ist dringend nötig.

### Die Verlegung der Frauenberufsschule

bildete den Gegenstand einer dreiständigen, gemeinschaftlichen Beratung des Bau- und Schulausschusses der Stadtverordneten-Versammlung. Als Ergebnis der Aussprache konnte der mit übergrößer Mehrheit gefaßte Besluß festgestellt werden, die Hochschulvorlesungen innerhalb der Auschüsse zu verlegen und einen abgelaufenen Unterrichtsstoff mit der Ausprüfung aller Einzelheiten, insbesondere der Frage der Umstellung, zu bearbeiten. Insgegen soll, nachdem bereits am vergangenen Montag einer Anzahl von Stadtverordneten Gelegenheit zu einer Bestafflung der bisherigen Räume geboten worden war, end-

für die kommende Bausaison ist bei der verfehlten Bostell des Landwirtschaftsministeriums damit zu rechnen, daß das Kubikmeter Holz im Durchschnitt unter 1800 bis 2000 Mark nicht zu haben sein wird, d. h. daß jede Wohnung allein für Holzbefestigung bei einem Preis von 2000 Mark pro Kubikmeter mit 24000 Mark belastet wird, der Herstellungspreis einer Zweizimmerwohnung mit Außenhof betrug 1913 ca. 6000 Mark, also mit einem Preis von 16 800 Mark pro Wohnung gegenüber dem vorjährigen Preis von Holz, wobei der gesamte pro Kubikmeter Schnitholz im Frage kommenden Gebiet kostet 150 Mark ausmacht und die gesamten in Frage kommenden Werbungskosten (Abfuhr vom Walde, ins Gewerbe, Schneiden des Holzes, Anfuhr zur Laufzeit usw.) für den Kubikmeter Schnitholz 350 Mark im Durchschnitt kaum übersteigen wird. Das deutsche Volk muß also durch die verfehlte Politik der Regierung pro Wohnung allein an Holz in diesem Jahre 16 800 Mark mehr aufwenden, als im Vorjahr, d. h. weiter, wenn das in Aussicht genommene Bauprogramm durchgeführt werden soll, eine Gesamtneubefestigung von 3 Milliarden 360 Millionen Mark. Das bedeutet weiter, daß pro Kopf der Bevölkerung circa 55 Mark an allgemeinen Kosten

ausgebracht werden müssen für die Fehler einer verfehlten Wirtschaftspolitik und daß eine vierköpfige Familie pro Jahr 220 Mark aus dem Altar des Holzwuchers niedergehen muß, um das so notwendige Holz für den Kleinwohnungsbau zu beschaffen. Für das von der Stadt Breslau vorgelegte Bauprogramm zur Schaffung von 1800 Wohnungen müssen unter diesen Umständen allein für Holz mehr aufgewandt werden 1600 mal 16 800 Mark = 30 240 000 Mark. Also dreimal soviel an Übersteuerung des Holzes muß den benachbarten aufgebracht werden, als der Schamtreis

elbst der 25 Prozent Überschuss ausmacht.

Aus diesem Rechenergebnis ist ersichtlich, daß die von uns erwartete Gemeinwirtschaft für das gesamte Bau- und Wohnungsbau eine geradezu gelehrte Politik ist und daß auch die in Frage kommenden Regierungsstellen alles daran setzen sollten, um hier schnell und wirksam einzutreten. Es muß auf jeden Fall auf alle Bewirtschaftungsschichten, insbesondere aber auf die Wohnungsbau- und Städtebau-Schichten wirken, wenn sie hören, was hier allein beim Holz für den Wohnungsbau für wirtschaftliche Preise und Gewinne erzielt werden. Die Entwicklung der Holzpreise hat in dem Augenblick, wo sich handelt, daß die Wohnungs-Hilfsgegenstellen nicht mehr bestreift werden, eine geradezu sprunghafte Steigerung erfahren.

Wir hoffen, daß diese Anregungen mit dazu beitragen werden, die verantwortlichen Stellen und auch die Mitglieder des Parlaments darauf hinzuweisen, wo der Fehler liegt und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Die Baubütteln müssen es sich zur Aufgabe machen, auf diesem Gebiete schamlose Kritik zu üben in der Erwartung, daß sie dabei von allen Staatsbürgern, die es mit dem Wohl des Volkes und mit dem Wiederaufbau etwa meinten, ultraleicht unterstützt werden. Sie erwarten deswegen auch, insbesondere von der wirtschaftlichen Bevölkerung, daß sie ihre Bestrebungen auch durch Herabsetzung ihrer Ersparnisse in Form von Darlehen oder Kaufabschneiden zur Verfügung stellen, damit sie in der Lage sind, durch möglichst großzügige Organisation und Aufzüchtung eigener Baustoffbetriebe preisregulierend zu wirken und das nachzuholen und aus eigener Kraft zu vollbringen, was durch eine verfehlte Politik der Regierung von dieser durchaus bisher nicht möglich war. Vor der Regierung erwarten wir, daß sie Maßnahmen trifft und Wege findet, daß das so notwendige Bauholz zu erträglichen Preisen den Baubütteln bzw. den Siedlungs- und Baugenossenschaften direkt zugestellt wird, um auf diese Weise durch eine gemeinsame wirtschaftliche Bewirtschaftung des Holzes das Volk vor ungeheuren Schäden zu bewahren. Der Holzfusius hat als Diener des Staates das Volk vor wütenden Auswüchsen der Wald- und Forstbesitzer zu schützen und muß durch eine gemeinschaftliche Verwertung des Holzes auch gegenüber dem Holzhandel preisregulierend auftreten.

wider einen Gruppen die Möglichkeit gegeben werden, sich durch eigenen Augenchein von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Abhilfe zu überzeugen.

### Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche

Montag, den 13. und Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags von 1/4—1/2 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Beilegung des Dokumentenquitting, erteilt. Schriftsätze werden nicht angezeigt.

### Explosion auf der Werderbrücke.

In der 11. Stunde des gelungenen Vormittags waren Motorleute des städtischen Elektrizitätswerkes damit beschäftigt, einen Kabelkasten auf der Werderbrücke aufzutauen, um die in ihm befindlichen Hochspannungsfäden zu prüfen. Als sie den mit Holz gefüllten Ofen auf eine Platte neben sich gestellt und entzündet hatten, trat eine heftige Explosion ein, die einen großen Teil des Brückendaches aufzog. Der Ofen war ungünstiger Weise an einer Stelle geraten, an der sich aus den unterhalb der Granitplatten liegenden Rohren Gas angesammelt hatte, das sich durch die Wärme entzündet und die Explosion hervertrieb. Ein Motor und eine vorübergehende Frau wurden wohl infolge des Schreckens, zu Boden geworfen, ohne jedoch weitere Beschädigungen erlitten zu haben. Sie wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

\* Die Stadtverordneten haben nächstens Donnerstag Sitzung. Aus der Tagesordnung ist hervorzuheben: Veränderung der Handelsordnung, Erhebung einer Hochsteuer zur Gemeinde-Gewerbesteuer, Rückgängigmachung des Kaufortzuges über das Grundstück Lauterstraße 36/37, Talstraße 1, 1a, 2, und Erhöhung der Teuerungsablagen der Rentenempfänger.

Die Unterhaltungsbeilegung kann leider erst am Montag erledigt werden, da infolge des Eisenbahnmakts die Papierabfahrt ausgeblossen ist. Die Spartenberichte finden unsere Leser auf der dritten Hauptblattseite.

\* Vorausbereitung von Brotmärkten. Der Magistrat schreibt: Wie uns mitgeteilt wird, verlangt die Bevölkerung immer noch und wieder von den Bäckereien Vorausbereitung von Brotmärkten. Jeder Bäcker und jede Stelle, die Brotmarken gegen Brotmärkten abgibt, lebt sich der Gefahr aus, streng bestraft zu werden, wenn der vorgeschriebene Belieferungszeitraum der Lebensmittelmarken nicht eingehalten wird. Alle eben auch die arme Familie, die vielleicht schon monatelang ohne Kartoffeln lebt, hungert, ehe ihr der Bäcker etwas Brot verursichtet darf. Die sozialen Beute

### Gehaltsbewegung am Stadttheater.

Wie uns der Ortsverband Stadttheater der Bühnengenossenschaft mitteilt, hat der südliche Theaterbezirken, Herr Stadttheater, Verhandlungen mit dem für alle Lohnforderungen als Vertreter des Präsidenten der Genossenschaft allein auslösbaren Gejsohnmann abgelehnt. Die Mitglieder haben die — bereits seit November 1921 eingerichtete — Fortsetzung der zuständigen Berliner Schiedsstelle unterschrieben, um die letzte friedliche Verhandlungsmöglichkeit nicht unbenutzt zu lassen.

### Vom Arbeiter-Bildungsausschuss.

#### Sonntag-Unterhaltungsabend im Oberitor.

Wer für billiges Geld morgen einen schönen Abend verleben will, komme 7½ Uhr in die Aula der Victoria-Schule, wo der Sängerkor "Liederhort" und Frau Hilma Schütter vom Operntheater beste und dabei jedermann verständliche künstlerische Gaben darbieten werden. Eintrittskarten zum Preis von 1 Mark abends am Eingang in die Aula, für den Heimweg gesorgt ist.

#### Museumsführungen von Kunsthistoriker Stephan.

Morgen vormittag 10 Uhr beginnt die letzte Reihe der in unserem Winterprogramm vorgesehenen Reihen von Führungen durch das Museum der bildenden Künste. Wie wertvoll den Teilnehmern an den Führungen diese sonntägliche Stunde künstlerischen Genusses ist, beweist der Sonntag für Sonntag trotz der empfindlichen Kälte der letzten Wochen größer werdende Kreis

von Besuchern. Kunsthistoriker Stephan wird morgen weiter durch die nur noch diesen Sonntag im Museum sichtbare, äußerst wertvolle Ausstellung „Malerei des 20. Jahrhunderts“ führen. Dauerkarten für diese letzte Reihe von 5 Führungen sind zum Preis von 7,50 Mark im Museum vor Beginn der Führung zu haben.

\* **Kunsthistorische Ausstellung** vom 11. bis 14. Februar Tischstraße 11 (Württemberg) mit Verlosung. Als Hauptgewinn eine komplette Küchenanrichtung. Wert 2000 Mark. Kelzgarnitur usw. Die diesjährige Verwendbarkeit der Kette wird durch die Festsverwertung Schlesien G. m. b. H. vorgenommen und Kunstamt erachtet.

\* **Todesfall aus dem Fenster.** Wie uns mitgeteilt wird, hat sich die 82-jährige Frau Johanna Ludwig, Linzenstraße 57, nicht aus Nahrungsorganen aus dem Fenster gestürzt. Der Grund liegt siebeneinhalb in einer schweren Krankheit.

\* **Aus der Wohnung stiegen gestiegen haben Einbrecher am 9. Februar, nachmittags, eine auf der Friedrich-Wilhelm-Straße wohnende Fleischfrau, indem sie durch Fensterscheiben eilfahrt nach dem Salztheater bestellten, wo ihr Mann beschäftigt ist. Sie begab sich schamloses dorther, erfuhr dort, daß sie beschwindelt worden war, eilte sofort nach ihrer Wohnung zurück und entdeckte, daß Einbrecher dort insgesamt eine Geldkassette mit 100 Mark Silbergeld und etwa 4000 Mark Papiergeld geraubt hatten.**

\* **Streichbrennung.** Der Polizeipräsident hat den nördlich der Dahmecke jenseitig hinziehenden und in gleicher Richtung mit dieser von der Morgenzeit nach Westen fahrenden Straßen 6, 9 und 6 die Namen „Bachstraße“, „Hannstraße“ und „Weberstraße“ und der Verlängerung der „Reichsstraße“ zwischen Dahme und Weberstraße den Namen „Reichsstraße“ gegeben.

### Vereinskalender.

**Verband der Maler usw.** Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung in den Hubertusfällen, Friedrich-Wilhelmstraße 32. Jeder Kollege muß erscheinen. Die Filialverwaltung erachtet.

**Freie Religionsgemeinde,** Grünstraße 14/16. Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 5½ Uhr, Erbauung, Sprecher: Herr E. Wolfsdorf. Thema: Christentum und Sozialismus. Donnerstag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im Zentral-Völksaal, Westendstraße 50/52: Deutscher Vortrag mit Diskussion; Prediger Herbert Bulkmann aus Waldenburg. Thema: „Was machen die Seligen im Himmel?“

**Zentral-Kräuter- und Sternduft der Bauarbeiter Deutschlands** „Grundstein zur Einigkeit“, Verwaltungsstelle Breslau. Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 5: Allgemeine Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung: Erneuerung. Pflicht. Der Vorstand. Achtung, Hausmeister! Montag, den 13. Februar, nachmittags 6 Uhr: Sitzung der Vertrauensleute im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses. Die Verbandsleitung.

# MAGGI's Würze

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in plumbierten Originalflaschen Nr. 6.

Preiswerte  
Schlafzimmer  
Mahag. pol. Ulme,  
Eiche, weiß lackiert.  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Küchen  
findet man in großem Auswahl-  
und besser Ausführung bei  
Julius Altmannhoff & Sohn  
Julius Altmannhoff & Sohn  
Albrechtstraße 14.

### Emser Quelloftz

zum Vorsatz bei Kästen

Bei  
Periodenfahrung  
der langen Frauen nur meine  
höher wertenden Mittel.  
Billigste Preise

in Gummiwaren  
Tragetaschen, Spülbeutel, Leib-  
und Wäschebinden.

Katalog gegen 2.—Mr. Rade-

Frau B. Zander,

Julius Altmannhoff & Sohn

Breslau 9.

Gellertstraße 28, 1. Stock

an der Galeriastraße.

### Asthma

kann geheilt werden.  
Sprechstunden in Breslau,  
Tschirnhausstraße 12, abg. links,  
jeden Donnerstag von  
10—1 Uhr.

**Dr. med. Albert**  
Spesialarzt, Berlin SW 11.

**Städtische Handelschulen in Breslau.**

1. Höhere Handelschule für Schüler und Schülerinnen.  
Einjähriger Lehrgang. Schulgeb. jährlich für Ein-  
heimische 1400 RM, für Auswärtige 1800 RM.

2. Handelschule für Schüler und Schülerinnen.  
A. Einjähriger Lehrgang für Schüler und Schülerinnen  
der Mittelschulen und höheren Lehranstalten. Schul-  
geb. jährlich für Einheimische 800 RM, für Aus-  
wärtige 1200 RM.

3. Zweijähriger Lehrgang für Schüler u. Schülerinnen.  
Schulgeb. wie unter A.

Anmerkung: 1. Die oben genannten Sätze für den Schule  
sind für die Einsicht genommen.

2. Der erfolgreiche Bezug der unter 1 und 2  
genannten Lehrgänge betrifft vom Bezug  
der fourmationalen Fortbildungsschule.

4. Freiwillige Übernahme für Damen und Herren jensei-  
ters.

Halbjähriger Lehrgang zu je 4 Stunden wöchentlich in  
allen fourmationalen Fächern und fremden Sprachen.  
Selbstvers. Unterricht möglichst demaskirt. Teilnehmer-  
zahl 100 M. pro Klasse und halbjährige Ausbildung  
begleitet durch den Magistrat bleibt vorbehalten.

Beginn aller Lehrgänge und Kurse wird bei der An-  
meldung bekannt gegeben. Anmeldungen und Abschlüsse bei  
dem Direktor, Tschirnhausstraße 22, 1. Stock. Hier sind auch  
Übertragungsstellen erhältlich (50 M.), nach außerhalb nur  
gegen Vorabfindung auch des Berufes.

Der Magistrat.

10155

Fräulein Erweich! Für mit allen Schwierigkeiten  
Tee, Fr. pfe., Tabak, Apparaten und weiteren Produkten!  
Les das Buch der Fräulein Erweich! Geographie für Dr. Roden  
über die Verarbeitung des Empfangs (Telegraphenbeamten  
gesetzte). Es besteht aus von einem Preis 12.—  
Na brukt e. Forr ex. (Esch ist beißend ich zuwandte)  
Buchverlag Eisner, Stuttgart, Schloßstraße 57.

**Jede Nähmaschine**  
**Jedes Fahrrad mit Gummi**  
kaufe ich sofort!  
Zahle die höchsten Preise!  
Wienziers, Brößlenerstr. 45.

**Schutz gegen Kälte**  
ist warme Unterkleidung!  
Preiswerte Herren-Socken  
extra stark 7,50, 12,50, reine Wolle 30.—

**Normal-Hemden und -Hosen**  
wollgemischt St. 55.— Garnitur 130.—  
reine Wolle, Garnitur 250.—

**Handschuhe** von 11,50 ab  
Vieleche Breslauer Handschuhe  
preiswert im 11640

**Berzen - Mode - Haus**  
Albrechtstr. 37. (Gute Mützen und Kleider.)

**10231**  
Die Breslauer  
Schallplatten  
mit jedem  
Preis und  
Qualität  
ausgestattet.  
Mit Wachs  
bedeckt.  
Kunststoff, Schallplatte  
in großem Ausmaß sehr leicht  
aufzuhängen ohne Anstrengung!

### Die unübertroffene Bockwurst

aus der Wurstfabrik Wutike,  
bekannt durch ihren vor-  
züglichen Wohlgeschmack,  
ist stets frisch in der Speise-  
wirtschaft

### Bockwurstbaude

Hintermarkt, Ecke Ring  
(neben Bankhaus F. Helmke)

zu haben

Geöffnet bis 1 Uhr nachts  
Sonntags von 5 Uhr ab

### Sie müssen probieren!

### Wecker Seife

Glendend weiße Wäsche!  
Größte Spezialseife!



Hart und vollständig.  
So ist's richtig!

### Wecker Seife

### Breslauer Spezialhaus

(direkt am Hauptbahnhof)

Ir. Kinder-, Prosepten-,  
Kapp- und Peppervasen,  
Lebkuchen, Kekse und  
Konditorei, Käsekäse etc.  
ständig in großer Auswahl  
bei der Firma 11627

Breslau 2  
Glockenstraße 97  
Telefon Kug 7246.

Gegründet 1883.

11622

Marie Kesseler,  
Glockenstraße 4.

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

11622

</

## Familienanzeige

Am 9. Februar erlöst nach langem, mit heraus großer Geduld ertragtem Leiden, der Tod meine liebe Frau Mutter und Großmutter

**Frau Anna Elisabeth Foltes**

geb. Hanisch

im Alter von 59½ Jahren.

So schlaf nun wohl, du gute Mutter du,  
Wir gönnen dir die wohlerwundete Ruh!

**Der trauernde Gatte  
August Foltes**

10457 nebst Kindern und Enkeln.

Beerdigung: Montag, den 13. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.  
Trauerhaus: Brandenburgerstraße 6.

Am 9. Februar verstarb die Frau unseres langjährigen Kollegen und Mitarbeiters

**Frau Anna Foltes**

im Alter von 59½ Jahren.

Ehre ihrem Andenkent  
Die organisierten Kollegen  
der Firma J. Kemna.

Beerdigung: Montag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.  
10453

## Statt besonderer Anzeige.

Am 8. Februar, vormittags 11½ Uhr, entschlief sanft nach einem mit großer Geduld ertragten Leiden, stets hoffend, ihre Gesundheit wiederherzurichten, meine einzigecheit, herzensgute Tochter und Schwester, unsere Enkeltochter und Nichte

**Trudel Gräupner**

im 19. Lebensjahr. 10443

Breslau, den 8. Februar 1922.

Der schwerepräte Vater  
**Paul Gräupner**, Oberschaffaer  
und Sohn Georg  
nebst Großeltern sowie viele Kinderwadden.

Beerdigung: Montag, den 13. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des städtischen Kirchhofs in Cosel (Paulus) aus.  
Trauerhaus: Friedrich-Wilhelmstr. 82.

Nach mehrjähriger, gründlicher Tätigkeit in ersten Kliniken in Breslau und Berlin habe ich mich als

**Dr. med. M. Pugel**, Kinderarzt  
und Geburtshelfer

niedergelassen.

Sprechzeit: 8—10, 3—5; Sonntags 9—11.

Auch Lichtbehandlung. — Vorläufig Tel. R. 7246.

Ich beteilige mich an sämtlicher Kassenpraxis.

**Dr. med. M. Pugel**, (in der Rehdigerstraße).

5371

Ich habe mich als

**Zahnärztin**

niedergelassen und praktizierte werktäglich vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr. Sonntags von 10—11 Uhr.

**Dr. Dora Jacobsohn**

Augustastr. 95, hpt. Tel. Ring 8575.

Ich habe mich in Breslau, Zimmerstr. 4a, II, als

**Dentist**

niedergelassen und halte Sprechstunden von 9—12 und 3—5 Uhr.

**Dagobert Baumgarten**

Fernsprecher: Ohle 1015

**Adler-Konzern**

Einzahler melden Ihreforderungen umgehend täglich von 10—6 Uhr hier, Vorortestr. 7, p.t.

Schluftermin 18. Februar 1922.

**Erauer-Bazar**

für Damen und Mädchen 1148

**M. Centower**

Schmiedebrücke 7—10

Am 10. Februar früh, verstarb nach schwerem Krankenlager unser langjähriger Vorgesetzter, der Tod meine liebe Frau Mutter und Großmutter

**Friedhofobergärtner**

**Herr Oskar Franke**

im Alter von 49 Jahren.

Sein Diensteifer, sowie sein kollegiales Verhalten seinen Untergebenen gegenüber sichern ihm ein dauerndes, ehrenhaftes Andenken.

**Der Außenbetrieb der städt. Friedhöfe an der Oswitzer Straße.**

Beerdigung: Montag, den 13. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Halle I des Friedhofs im Oswitz. 10449

**DEM GEDÄCHTNIS**  
meines lieben Gatten, unseres Vaters, Sohnes und Bruders, des Elektromonteurs

**Felix Grosser**

verunglückt in Mösen am 11. Februar 1921.

Er ging die Straße, die ihm das Leben gab, Von der Bahn seines Schicksals weicht niemand auf Erden ab, In welchem Land eines Menschen Wandern zu enden bestimmt, Dort und sonst nirgendwo ist eines jeden Grab!

Breslau, Brandenburg, den 11. Februar 1922.

Anna Grosser, als Frau Ursula Grosser, als Tochter.

Olga Grosser, als Mutter.

Adolf, Paul, Emma Klenner, Max Grosser, als Geschwister.

Zurückgekehrt

**Dr. Sternberg**

Facharzt für Haut- und

Geschlechts-Krankheiten

Gartenstraße 62

Sprechstunden: 8—9, 11—1, 3—6

Frei. Antritt: 5425

Zurückgekehrt

**Dr. Fleemann**

Franzmarie 5423

Freiburger Straße 33.

**Stolzo-Schrou!**

**Stolzo-Schrou!**

Freitag, den 17. Februar, und

Dienstag, den 21. Februar:

**Rener Aufhängerabend**

für Damen und Herren

abends 7 Uhr im

Magdalenen-Gymnasium,

Medg. 6, Beginn u. b. Pfeill.

Stenographenverein von 1852

1100, Zunterstr. 14, L

**Kaffeestunde**

der Breslauer Hausfrau am Mittwoch, 15. Februar,

nachm. 3 Uhr, im „Schlosswerder“ (Einfloß 1—2 Uhr)

Gesangsvorläufe, Recitation, Cello-

vorläufe und andere Darbietungen.

**Große hauswirtschaftl. Ausstellung.**

Programme (z. Eintritt) 1 A 2,50 Mk. werden nur in unserer

Geschäftsst. Schweidnitzstr. 81 und am Saalegang verk.

**Gegebenet 11432**

**Kaninch-Ausstellung**

Preis das Paket 7.90 Mk.



das selbst-tätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Es ist nicht nur das beste,  
sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.  
**Wenig Arbeit — geringer Kohlenverbrauch**  
**größte Billigkeit!**

Achten Sie auf diese Vorsäge und kaufen Sie nur Persil.

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,  
auch der "Neako", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.



**Stadt-Theater.**  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
Gottmanns Erzählungen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der Freitanz.  
Montag 7 1/2 Uhr: Die Freunde  
Seelen und Seele.

**Schauspielhaus.**  
Operettensäle, Tel. Klap 2518.  
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Straßenjägerin.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Förster-Chirurgie.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Sum 25. Male  
Die Straßenjägerin.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Sum 40. Male  
Die Tanzgräfin.  
Sonnabend, den 18. 2. 22,  
7 1/2 Uhr:  
Sum 1. Stale  
Die Stadt des Einwands.

**Orchester - Verein.**  
Breslauer Konzerthaus.  
Jeden Populären Konzert  
mit Leitung W. Münch.  
Anfang 5 Uhr. Eintritt 5 Mk.

**Spitzer'scher M.-G.-V.**

Musikverein zu Breslau  
Orchesterchor

**Konzert**

des 11.24

**Frauenchores**

16.2.17. Februar 1922, 7 1/2 Uhr

in großer Saal des Konzerthauses

Leitung: Heinrich Melcher.

Frauenchor:

von Fr. Schubert, Schumann,

A. Mendelssohn und Oehs.

Orchestervorführungen:

Serenade Nr. 2 für Streich-

orchester von R. Fuchs.

Gemischte Chöre

von Bruck, Brahms, Dürmmer

und Rob. Schumann.

Karten zu 6.60, 5.50, 4.40 und

2.20 Mark bei Hainauer,

Schweiditzerstr. 52, Weiss,

Königstr. 5, Eckert, Junkern-

str. 22, Dörner, Leh-

denstr. 14, Rosenkranz, Kloster-

str. 53 u. der Abendkasse

Böttchers

Bier-Kabarett

Täglich 8 Uhr

Ne feine Nummer

Bestecke u. das glänzende

Festspiel-Programm

Zeltgarten

Bar: Neukunewald.

Morgen Sonntag:

**Matinee**

vom 11.—12. Uhr.

Unsere brillanteste

**Boxkampf**

Boxer, Boxer gegen

Boxer, Meisterboxer

von Schlesien u.

— Außerdem:

Variété-Programm.

Breslauer Trichter

Sonntag und Mittwoch:

**Vormittags**

**Ball**

Anfang 7 Uhr.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—